



Parlament  
Österreich

Bundesrat



# Tätigkeitsbericht 2022/2023

Wien | Burgenland







# Inhalt

## **Vorworte zum Tätigkeitsbericht des Bundesrates 2022/2023**

Bundesratspräsidentin Korinna Schumann .....	6
Bundesratspräsident Günter Kovacs .....	8
Die Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat .....	10

## **Wiener Präsidentschaft | 2. Halbjahr 2022**

Ein starker Staat als Grundlage des Zusammenlebens .....	16
Antrittsrede   Bundesratspräsidentin Korinna Schumann .....	18
Ansprache von Landeshauptmann Michael Ludwig .....	26
Diskussionsveranstaltung: Zukunft der Lehre .....	28
Bundesrat im Bundesland: Wien-Tour .....	30
Diskussionsveranstaltung: Zukunft des Sozialstaats .....	32
Bundesrat nimmt Kinder und Jugendliche in den Fokus .....	36
Enquete: Aktiver Staat als Transformationstreiber .....	38
Deine Stadt – Raum zum Leben .....	42
Welt-Aids-Tag im Parlament .....	44
Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen .....	48
Gedenkveranstaltung: Kindertransporte 1938/39 .....	52
Regional und international: Der vernetzte Bundesrat .....	56
Bundesrat zu Besuch in Deutschland .....	58
Starker Staat als Sicherheitsnetz in Krisenzeiten .....	60

## Burgenländer Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2023

Fokus auf Pflege und Gesundheit .....	66
Antrittsrede   Bundesratspräsident Günter Kovacs .....	68
Ansprache von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil .....	74
Festakt zur Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes .....	76
Angelobung des Bundespräsidenten im Parlament .....	80
Tage der offenen Tür im sanierten Parlamentsgebäude .....	84
„Parlament on Tour“ im Burgenland .....	88
Parlament als Ort des Gedenkens .....	90
Enquete: Nachdenken über Pflege von morgen .....	93
Veranstaltung anlässlich des Internationalen Roma-Tages .....	97
Fachtagung zu Klima- und Mobilitätszielen .....	99
Regional und international: Der vernetzte Bundesrat .....	102
Bundesratspräsidium in Madrid .....	106
Konferenz der EU-Parlamentspräsident:innen .....	108
Nähe zu Menschen als Qualitätsmerkmal für Demokratie .....	110
Zahlen und Fakten 2. Halbjahr 2022 .....	112
Zahlen und Fakten 1. Halbjahr 2023 .....	115
Bildnachweis .....	118

# Korinna Schumann

## Präsidentin des Bundesrates



Wien | 2. Halbjahr 2022

Das Jahr 2022 war durch globale Diskontinuitäten gekennzeichnet, die die Bedeutung des österreichischen Sozialstaates hervorheben. Öffentliche Strukturen bieten Antworten auf die Sorgen der Menschen. Die Wiener Präsidentschaft stellte „verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ in den Fokus der politischen Betrachtung des Bundesrates und zeigte nach mehr als drei Jahren der Covid-19-Pandemie und im Angesicht der omnipräsenten Rekordteuerung und des schrecklichen Angriffskrieges in der Ukraine die Wichtigkeit eines starken und aktiven Staates deutlich auf.

In einer zu diesem Thema abgehaltenen Enquete des Bundesrates diskutierte die Länderkammer mit Expert:innen und Vertreter:innen der Sozialpartnerschaft über die Zukunft des österreichischen Sozialstaates. Dieser hat sich in Krisenzeiten bewährt, unterstützt Bürger:innen

und fördert positive Lebensveränderungen unabhängig von sozialer oder ökonomischer Herkunft. Der Sozialstaat muss geschützt und seine Weiterentwicklung und finanzielle Sicherung gewährleistet werden.

Auf die mannigfaltigen und komplexen Herausforderungen, denen sich die Menschen auf föderaler und kommunaler Ebene gegenübersehen, antwortet mein Heimatbundesland Wien seit Jahrzehnten mit aktiven Investitionen und fest verwurzelten sozialstaatlichen Institutionen, wie zum Beispiel im Bereich des sozialen Wohnbaus und der Daseinsvorsorge. Deshalb war es für mich von großer Bedeutung, dass wir als Delegation der Länderkammer gemeinsam mit Vertreter:innen der Wiener Landesregierung und mit Bezirksvertreter:innen im Rahmen des Veranstaltungstages „Bundesrat im Bundesland“ die Möglichkeit erhielten, innovative Stadtent-

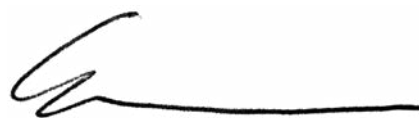
wicklungsgebiete und nachhaltige Großprojekte der Stadt Wien zu besichtigen. Der Bundesrat spielt eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Gesellschaftspolitik sowie der Erinnerungs- und Gedenkkultur. Durch Veranstaltungen zu Themen wie den Kindertransporten 1938/39 und sexueller Gesundheit habe ich versucht, zur notwendigen Aufarbeitung und Enttabuisierung beizutragen. Im Rahmen des Europäischen Jahrs der Jugend wurden bei Veranstaltungen die Herausforderungen der österreichischen Lehrausbildung und die Bedeutung von Städten als Lebensmittelpunkt für junge Menschen diskutiert. Angesichts des Fachkräftemangels muss die Lehrausbildung attraktiver gestaltet werden und das Erfolgsmodell Lehre stärker beworben werden. Als Parlament tragen wir Verantwortung für die Vergangenheit und die Gegenwart.

Bei den zahlreichen Besuchen und Empfängen von Vertreter:innen der internationalen Politik wie etwa der französischen Senatsdelegation oder der Amtsreise nach Deutschland, die ich anlässlich der Vorsitzübernahme durch Hamburg im deutschen Bundesrat gemeinsam mit einer Delegation des österreichischen Bundesrates unternommen habe, war es mir eine große Ehre, unsere Republik im In- und Ausland vertreten zu dürfen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Handwerker:innen, Arbeiter:innen und den Mitarbeiter:innen der Parlamentsdirektion für die gelungene Sanierung des ehrwürdigen Parlamentsgebäudes am Ring bedanken.

Der Bundesrat als Länderkammer bringt die Interessen der Bundesländer und der Menschen in den Regionen ins Herz der Demokratie, in das österreichische Parlament. Bei allen inhaltlichen Unterschieden verbindet die Mitglieder des Bundesrates über die Fraktionsgrenzen hinweg der Wille zur Stärkung der Länderkammer als Institution. Persönlich empfinde ich es als große Freude, Auszeichnung und Ehre für unsere Bundeshauptstadt und mein Heimatbundesland Wien als Präsidentin des Bundesrates gewirkt zu haben.

Ihre Bundesratspräsidentin



Korinna Schumann

# Günter Kovacs

## Präsident des Bundesrates

### Burgenland | 1. Halbjahr 2023



Das erste Halbjahr 2023 war eine ganz besondere Vorsitzperiode. Sie stand im Zeichen der Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes. Damit konnte ein ganz wichtiges Vorhaben realisiert werden und das Parlament wieder an seine historische Wirkungsstätte zurückkehren. Im Rahmen der Eröffnung am 12. Jänner erfolgte auch die feierliche Eröffnung des neuen Bundesratssitzungssaals. Zwei Wochen später folgte mit der Angelobung des Herrn Bundespräsidenten vor der Bundesversammlung ein weiteres bedeutendes Ereignis.

Rund um die Wiedereröffnung gab es eine ganze Reihe von Aktivitäten. Etwa 25.000 Besucherinnen und Besucher konnten wir an den beiden Tagen der offenen Tür begrüßen. Die Sanierung des Parlaments stand auch ganz im Zeichen der weiteren Öffnung des Hauses. Und diese Öffnung ist von enormer Bedeutung, weil damit der Parlamentarismus

hautnah erlebt werden kann. Eine wichtige Initiative ist auch die Wanderausstellung „Parlament on Tour“, die von Wien aus zuerst ins Burgenland übersiedelte.

Als sehr positiv habe ich auch das Interesse junger Menschen an der Demokratie empfunden. Sichtbar wurde dies beim Jugendparlament und bei den Aktivitäten der Demokratiewerkstatt. Anfang Juni konnten wir die Demokratiewerkstatt-Profis ehren. Demokratiebildung hat gerade in krisenhaften Zeiten, die bei vielen Menschen Ängste und Verunsicherung auslösen, einen ganz hohen Stellenwert.

Das Motto von Burgenlands Vorsitz im Bundesrat lautete „Pflege und Gesundheit: leistbar, qualitativ und wohnortnah sicherstellen“. In diesem Zusammenhang habe ich zu einer Enquete im Bundesrat zum Thema Pflege eingeladen, an der Bundesminister Johannes Rauch, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil



und zahlreiche Expertinnen und Experten teilgenommen haben. Hier gibt es gerade auf Ebene der Länder große Anstrengungen und Lösungsansätze – ein Beispiel dafür ist der „Zukunftsplan Pflege“, der im Burgenland Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wichtig war es mir im Rahmen meiner Präsidentschaft, immer wieder zu betonen, dass der Föderalismus auch ein Modell für die Zukunft Österreichs ist.

Gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund und dem Urban Forum konnte ich zu einer Fachtagung zum Thema „Städte und Gemeinden: Gemeinsam die Klima- und Mobilitätsziele erreichen“ einladen. Im Mittelpunkt standen dabei Initiativen und gemeinsame Anstrengungen für Klimaschutz und Mobilitätswende. Sehr gerne habe ich den Kinderrechteausschuss des Bundesrates im Burgenland begrüßt.

Nicht zuletzt aufgrund der Rolle des Bundesrates als Europakammer hat es auch einen intensiven Austausch auf europäischer und internationaler Ebene gegeben. Ich konnte an einer Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates in Straßburg teilnehmen – mit einem Redebeitrag zur Rolle der zweiten Kammern. Beispiel-

haft erwähnen möchte ich auch die Treffen mit der Präsidentin des spanischen Abgeordnetenhauses in Madrid sowie mit der Parlamentspräsidentin und dem Senatspräsidenten der Tschechischen Republik und die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten in Prag.

Es war mir eine große Ehre und Freude, den Vorsitz im Bundesrat in diesem besonderen Halbjahr führen zu dürfen. Mein Dank gilt allen, die den Vorsitz des Burgenlandes und auch mich in der Funktion des Bundesratspräsidenten unterstützt haben. Unser gemeinsames Anliegen sollte es sein, dass der Bundesrat auch künftig eine Säule der Demokratie bleibt und in seinem Wirken für eine erfolgreiche Zukunft Österreichs und der Länder gestärkt wird.

Ihr Bundesratspräsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Günter Kovacs', written in a cursive style.

Günter Kovacs

# Karl Bader

# Karlheinz Kornhäusl

---

## ÖVP



Der österreichische Bundesrat blickt auf zwei sehr herausfordernde und schwierige Halbjahre zurück – sowohl für die Politik als auch für alle Menschen in unserem Land. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen standen im Zentrum der politischen Arbeit. Vor allem die Energie- und Versorgungsproblematik sowie die Bekämpfung der Teuerung verlangen der Bevölkerung nach wie vor sehr viel ab.

Gerade in einer Krise geht es darum, Verantwortung zu übernehmen und sich gegenseitig zu unterstützen. Natürlich muss dabei jede politische Maßnahme diskutiert und hinterfragt werden, doch bei allen parteipolitischen Unterschieden, bei allen divergierenden Meinungen tun wir gut daran, immer abzuwägen, ob unsere Handlungsweisen im Interesse der Bevölkerung sind.

Besonders in schweren Zeiten sollte die Politik Vorbild sein und zusammenstehen,

um gemeinsam die besten Lösungen für die Menschen in unserem Land zu erarbeiten. Herausfordernde Zeiten führen uns vor Augen, was im Leben wirklich zählt: Gesundheit, Familie, Freunde und natürlich wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Es zeigt sich auch, dass unser Lebensmodell der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zwar stark, aber nicht unverwundbar ist. Lassen wir uns als Gesellschaft nicht spalten! Die Demokratie und unser Parlament brauchen eine starke Länderkammer, die für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes arbeitet.

Der Bundesrat darf nicht als Bühne für parteipolitische Zwecke und populistische Auftritte missbraucht werden. Ansonsten läuft die Länderkammer Gefahr, die positiven Entwicklungen der letzten Jahre über Bord zu werfen. Nur durch konstruktive Zusammenarbeit ist es möglich, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und die positive Entwicklung der Länderkammer voranzutreiben.

# Korinna Schumann

# Stefan Schennach

---

## SPÖ



Im zweiten Halbjahr 2022 sowie im ersten Halbjahr 2023 war die Arbeit im Bundesrat durch sich überlagernde Krisen geprägt, die sich bis heute mit voller Wucht auf die Menschen in Österreich durchschlagen. Besonders die Teuerung, die Verschärfung der Klimakrise und der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine sind hier zu erwähnen.

Wir Sozialdemokrat:innen fordern seit eineinhalb Jahren entschlossenes Einschreiten der Regierung im Sinne der Menschen durch echte Teuerungshilfen – von der Mietpreisbremse über Energie- und Gaspreisdeckel bis hin zu einer Entlastung im Bereich der Lebensmittel. Geschehen ist indes leider zu wenig und zumeist nur im Rahmen von Einmalzahlungen, die sich negativ auf die Inflationsentwicklung auswirkten.

Umso wichtiger ist es, als Staat Strukturen zu schaffen, auf die sich die Bevölkerung verlassen kann. Das gilt bei der

Bekämpfung der Teuerung, der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Bereitstellung einer verlässlichen Pflege ebenso wie für viele große Fragen der Zukunft.

Die Fraktion führte im zweiten Halbjahr 2022 Stefan Schennach – Korinna Schumann hatte die Führung vorübergehend wegen des Vorsitzes im Bundesrat übergeben. Ab 2023 übernahm mit Günter Kovacs das Burgenland die Präsidentschaft. Neue Bundesrät:innen der SPÖ in den beiden Halbjahren wurden Daniel Schmid (Tirol), Doris Hahn, Andreas Babler und Christian Fischer (NÖ), Claudia Arpa und Manfred Mertel (Kärnten) sowie Michael Wanner (Salzburg).

Trotz wiederkehrender Diskussionen über den Bundesrat ist für uns als Sozialdemokratie klar: Es braucht eine starke und selbstbewusste Länderkammer – im Interesse der Menschen, des Parlamentarismus und der Demokratie.

# Christoph Steiner

FPÖ

---



Mir drängt sich der Eindruck auf, dass sich nach dieser Multikrisenzeit langsam eine gewisse Ermüdung breitmacht, die sich auch im parlamentarischen Betrieb zeigt. Spätestens im März ebnten Sonderaktionen wie Aktuelle Stunden mit tatsächlich aktuellen Inhalten, aber insbesondere auch Regierungsvorlagen relativ gleichzeitig ab. Nach dieser volkswirtschaftlichen Achterbahnfahrt als Ergebnis eines katastrophalen Krisenmanagements ist man froh, langsam wieder Boden unter den Füßen zu bekommen. Das ist verständlich, doch: Die Bürger haben im Zuge dieser Konvergenz der Krisen das Vertrauen in Eliten verloren – 58 Prozent der Österreicher fühlen sich politisch nicht vertreten –, vor allem aber in die Fähigkeit der Politik, Lösungen für aktuelle Probleme zu finden. Das sollte uns beunruhigen.

Kurz nach Beginn unseres Sitzungsjahres lag die Inflation auf dem höchsten Stand seit 1952. Gleichzeitig blickten wir auf ebenfalls historische Ausgaben in der Höhe von über 46 Milliarden Euro für

Coronamaßnahmen zurück. Dass bei solchen Schieflagen eine arge Politverdrossenheit aufkommt, darf uns nicht wundern. Gerade die Länderkammer sollte doch nahe bei den Menschen sein. Wenn uns die Bürger aber ernst nehmen sollen, müssen wir uns selbst ernst nehmen. Und das beginnt nicht zuletzt damit, Minimalforderungen wie Mitspracherecht bei der Einrichtung des Bundesratssaals, ORF-Übertragung oder Anwesenheit der Minister nicht als Anmaßungen der Präsidiale des Bundesrates anzusehen.

Das betrifft auch grundlegende Dinge, etwa die Geschäftsordnung ernst zu nehmen. Damit beziehe mich nicht nur auf die Fragestunden, sondern auch auf die Möglichkeiten der Disziplinierung (§70 ff.), die gekünstelte Empörung ob der Würde des Hauses eigentlich obsolet machen. Wenn wir schon dabei sind: Dass der Bundesrat nun einen Sitz verloren hat, mag manche freuen, schwächt unsere Kammer aber als Ganzes.

# Marco Schreuder

Grüne

---



Beethovens achte Symphonie feierte hier 1814 ihre Uraufführung. Niccolò Paganini gab hier 1828 ein Konzert. 1979 wurde hier das SALT-II-Abrüstungsabkommen durch den damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter und den sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnjew unterzeichnet. Und am 21. Dezember 2022 ging hier die allerletzte parlamentarische Sitzung, die 949. Bundesratssitzung, zu Ende. Seit 2017 waren die Redoutensäle in der Hofburg Ausweichquartier des Parlaments gewesen. Der Abschied war bewegend.

Es war aber zugleich eine Freude. Denn das zentrale Organ unserer Demokratie, das Parlament, bekam sein altes Haus wieder: Das von Theophil Hansen so unfassbar schön gestaltete Gebäude am Ring öffnete seine Pforten. Es glänzte wunderbar renoviert und modernisiert, und das Interesse der Besucherinnen und Besucher ist enorm. An manchen Tagen

arbeitet man in einem Haus, das zugleich Sehenswürdigkeit ist. Nicht immer leicht, aber eine Ehre und Freude!

Eine Hoffnung erfüllte sich nicht. Den Umzug ins neue Haus verknüpften viele mit dem Wunsch, Debatten würden von Sachlichkeit getragen werden, Streit – ein wichtiger Punkt in einer Demokratie – würde ein Wettstreit der besten Lösungen für Österreich. Eine Partei bevorzugt jedoch nach wie vor rüpelhaftes Benehmen und Angriffe unter der Gürtellinie, statt Lösungen zu präsentieren. Das ist angesichts der Herausforderungen – Klimakrise, Krieg in Europa, Inflation – fahrlässig und gefährlich.

Die Hoffnung auf eine gedeihlichere, friedlichere, lösungsorientierte Saison 2023/2024 bleibt aufrecht. Denn demokratischer Streit muss immer ein Streit um Konzepte sein. Der Populismus ist derzeit eine der größten Gefahren der Demokratie.



# Wiener Präsidentschaft

2. Halbjahr 2022



# Ein starker Staat als Grundlage des Zusammenlebens

„Starke öffentliche Strukturen als Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“: Darauf setzte Bundesratspräsidentin Korinna Schumann den Fokus ihrer Präsidentschaft. Schon in ihrer Antrittsrede vor der Länderkammer ging Schumann auf die Bedeutung staatlichen Handelns insbesondere in Krisenzeiten ein.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein wesentlicher Faktor für den Schutz unserer Demokratie“, sagte Schumann in ihrer Antrittsrede. Durch die Covid-19-Pandemie, den Angriffskrieg in der Ukraine, die Teuerung und die Energiekrise habe sich die Bedeutung staatlichen Handelns und insbesondere des Sozialstaates als Schutz

für die Menschen in den vergangenen Jahren klar gezeigt.

## Ein starker Staat als Gestalter

Nicht nur in Krisenzeiten schütze der Sozialstaat jede und jeden vor Lebensum- und -einbrüchen, sei es bei der Frage der





Arbeitslosigkeit, des Älterwerdens, der Pflegebedürftigkeit, der Krankheit, aber auch bei Punkten wie der Geburt eines Kindes oder der Frage, ob man sich Bildung leisten kann, erklärte Schumann. „Der Sozialstaat ist das Vermögen derer, die kein Vermögen haben. Wir brauchen dieses starke, sichere Netz des Sozialstaates“, so die Bundesratspräsidentin. Ein starker Staat habe aber auch die Verpflichtung, einzugreifen, etwa wenn aus Krisenumständen Übergewinne oder Spekulationsgewinne gezogen werden, während große Teile der Bevölkerung nicht mehr wissen, wie sie die Rechnung zahlen sollen. Es gehe um „den Wohlstand der Menschen und um den sozialen Frieden“, sagte Schumann und hob in ihrer Antrittsrede zudem die Bedeutung der Sozialpartnerschaft sowie den öffentlichen Dienst als Schlüssel für starke öffentliche Strukturen hervor.

Angesichts der zahlreichen Wandlungsprozesse, darunter die Klimakrise, die Digitalisierung und die demografische Entwicklung einer älter werdenden Gesellschaft, plädierte Schumann zudem für öffentliche Investitionen etwa in Krankenhäuser, Straßen oder den sozialen Wohnbau als bestimmenden wirtschaftlichen Motor für Österreich. Diese könnten die Triebfeder für private Investition

tionen sein. Vor allem Investitionen in Bildung, Schulen und Universitäten seien wesentlich und würden sich auf lange Zeit rentieren.

Ihre Präsidentschaft werde sie zudem den Rahmenbedingungen für Frauen im Sinne der Chancengleichheit widmen, so Schumann, insbesondere wenn es um Einkommensunterschiede, Pensionen sowie Kinderbetreuung und elementare Bildungseinrichtungen geht. Während ihres Vorsitzes werde es daher ein Vernetzungstreffen gemeinsam mit den Sozialpartnern „über alle Länder- und Fraktionsgrenzen hinweg“ geben, kündigte sie an.

Als Gewerkschafterin sei auch die Frage der Lehre eine wichtige für sie, wie Schumann des Weiteren betonte. Dazu sei eine Veranstaltung mit dem Titel „Deine Lehre. Deine Zukunft“ geplant.

Zu starken öffentlichen Strukturen als Basis für den öffentlichen Zusammenhalt gehöre aber auch die Gedenk- und Erinnerungskultur, wie die Bundesratspräsidentin betonte. Vor diesem Hintergrund werde im Dezember eine Veranstaltung zum Gedenken an die Kindertransporte im Jahr 1938 stattfinden.

# Antrittsrede

## Bundesratspräsidentin Korinna Schumann

Wie alle Bundesrätinnen und Bundesräte, die hier im Plenarsaal sind, bin ich dankbar und stolz, Mitglied des Bundesrates sein zu dürfen, und ich darf meiner großen Freude Ausdruck verleihen, dass ich für mein Heimatland Wien die Bundesratspräsidentschaft in diesem Halbjahr übernehmen durfte.

Ich darf mich bei der vorherigen, der Vorarlberger Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs für ihre wertschätzende Präsidentschaft neuerlich bedanken.

Den Bundesrat stärken, das muss ein wesentliches Ziel unserer Arbeit sein, zu sehr ist er oft Angriffsfläche von unqualifizierten Wortspenden und Analysen, und da gilt es dagegenzuhalten, insbesondere auch im Interesse der Stärkung der Demokratie.

Ich bin Landeshauptmann Dr. Ludwig sehr dankbar dafür, dass er wirklich bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, die Bedeutung des Bundesrates hervorhebt und die Arbeit der Bundesrät:innen, und zwar aller Bundesrätinnen und Bundesräte,

wertschätzt. Das ist ganz wichtig für uns – vielen Dank!

Gemeinsam aus dem Bundesrat heraus Impulse zur Weiterentwicklung des Bundesrates setzen, dafür ist es jetzt, denke ich, an der Zeit, es währt hier der Stillstand sonst zu lange. Wir haben gerade erlebt, dass ein Gesetz vom Nationalrat zum Bundesrat kam, bei dem es dann technische Probleme gab, und wir mussten es wieder in den Nationalrat zurückschicken, weil dem Bundesrat das Korrekturrecht nicht gegeben ist. Es wäre wohl an der Zeit, da und bei weiteren Punkten anzusetzen. Vielleicht gelingt es, ein wenig Bewegung in diese Fragen zu bringen – versuchen will ich es wohl.

Verbindungen schaffen zwischen Stadt und dem ländlichen Raum – die beiden bedingen einander und beide haben besondere Herausforderungen, in den Krisenzeiten jetzt besonders; in den Krisenzeiten, die wir erlebt haben, in denen wir uns jetzt befinden und auf die wir in diesem Herbst noch in vermehrtem Ausmaß wohl zugehen werden.

Es gibt aber Themenbereiche, die die Menschen in den Städten genauso betreffen wie jene im ländlichen Raum. Für meine Präsidentschaft habe ich bewusst ein Thema gewählt, das nicht zur weiteren Trennung oder Konkurrenz zwischen Stadt und Land führt, sondern das Verbindende sucht: „verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Die inhaltliche Auseinandersetzung im Bundesrat, und dazu ist der Bundesrat wirklich fähig als Zukunftskammer, kann gerade in der derzeitigen Situation zu diesem Thema neue Blickwinkel eröffnen.

Wir haben eine Pandemie erlebt, die noch nicht vorbei ist, einen schrecklichen Krieg mit seinen furchtbaren Auswirkungen, eine Teuerung, die die Menschen ganz hart trifft, und zwar alle Menschen, insbesondere jene, die bisher schon Probleme hatten, ihre Existenz zu fristen, und wir haben eine Energiekrise, deren Auswirkungen sich noch mehr im Winter potenzieren werden. Und wir haben gelernt, dass der Spruch: Der Markt regelt alles!, sich nicht bewahrheitet hat. Wir haben die Bedeutung staatlichen Handelns erkannt und vor allem die Bedeutung des Sozialstaats als Schutz für die



Menschen, die in Österreich leben, vor Auswirkungen dieser Krise.

Aber der Sozialstaat schützt auch vor großen Lebensein- und -umbrüchen, die jeder und jede in seinem Leben sehr rasch erleben kann, sei es die Frage der Arbeitslosigkeit, des Älterwerdens, der Pflegebedürftigkeit, der Krankheit. Aber auch positive Punkte wie die Geburt eines Kindes oder die Frage: Kann ich mir Bildung leisten?, sind ganz, ganz wesentlich, denn der Sozialstaat ist das Vermögen derer, die kein Vermögen haben. Wir brauchen dieses starke sichere Netz des Sozialstaates.

Ein starker Staat hat auch die Verpflichtung einzugreifen, wenn zum Beispiel aus Krisenumständen noch Übergewinne, Spekulationsgewinne gezogen werden und große Teile der Bevölkerung nicht mehr wissen, wie sie die Rechnungen zahlen sollen, die Verpflichtung zu handeln zum Schutz der Menschen vor Existenzgefährdung, ohne zu zögern, sofort zu handeln, es geht um den Wohlstand der Menschen und es geht um den sozialen Frieden.

Wir haben in der Pandemie gesehen, wie bedeutend die Sozialpartnerschaft ist. Die Sozialpartnerschaft hat mit dem Modell

der Kurzarbeit binnen Kürze ein Rettungsmodell für Arbeitsplätze aufgestellt. Das heißt, die Kraft der Sozialpartnerschaft hat sich gezeigt. Die Sozialpartnerschaft hat auch die Kurzarbeit weiterentwickelt und ist ein wesentlicher Faktor für unseren Staat.

Ich darf mich auch hier bei Landeshauptmann Ludwig dafür bedanken, dass er die Sozialpartnerschaft in jener Form lebt, wie sie gut gedeihen kann, nämlich auf Augenhöhe. Das ist sicher auch eines der großen Erfolgsgeheimnisse der Stadt Wien.

Gleichzeitig muss staatliches Handeln immer transparent und begleitet von starker interner Kontrolle erfolgen. Das Vertrauen in die Politik ist in den letzten Jahren in sehr starkem Ausmaß in unserem Land verloren gegangen. Zum Schutz der Demokratie ist hier anzusetzen, sonst werden jene Kräfte, die die demokratischen Strukturen schwächen wollen, noch mehr die Entwicklung nutzen, um verunsicherte oder verzweifelte Menschen auf ihre Seite zu ziehen. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Aber nicht nur die schweren Krisen haben ihre Auswirkungen, wir sind mitten in großen Wandelprozessen, sie finden gleichzeitig zu den Krisen statt: Klima-

krise, Digitalisierungsschub und die demografische Entwicklung einer älter werdenden Gesellschaft. Öffentliche Investitionen sind ein bestimmender wirtschaftlicher Motor für unser Land und können die Triebfeder für private Investitionen sein: Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, sei es in Krankenhäuser, Straßen, den sozialen Wohnbau, aber vor allen Dingen in die Bildung, in Schulen und Universitäten sind Investitionen, die sich auf ganz lange Zeit rentieren und ganz wesentlich sind.

Aber auch die so notwendigen Investitionen durch Länder und Gemeinden sind von der extremen Teuerung belastet, wenn nicht sogar gefährdet. Hier gilt es im Interesse der Bevölkerung zu handeln und auszugleichen – ein starker Staat als Gestalter in den Wandlungsprozessen, denn sowohl jedes jetzt wirklich wichtige Klimaziel, um den Klimawandel zu bekämpfen, als auch jeder Veränderungsschritt in der digitalen Transformation werden nicht nur die Menschen, sondern auch die österreichischen Unternehmen und die Industrie fordern, aber auch staatlicher Impulsgebung bedürfen.

Denn immer ist die Frage zu stellen: Was sind die sozialen Auswirkungen einer Maßnahme, einer Entwicklung? Lassen

wir niemanden zurück! Die Grundlage des staatlichen Handelns muss sein: Chancen geben, Ungerechtigkeiten verringern und Qualifizierungen ermöglichen. Und da darf ich die besondere Rolle der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hervorheben. Sie sind der Schlüssel für starke öffentliche Strukturen und sie leisten, und das haben wir nicht nur in der Pandemie gesehen, wirklich Großartiges, aber der öffentliche Dienst steht ebenfalls vor großen Herausforderungen. Es muss alles getan werden, um ihn als attraktiven Dienstgeber weiter zu bewerben, gerade jetzt, um starke öffentliche Strukturen zu erhalten.

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Chancen geben, gerade in der Frauenpolitik, das ist ganz, ganz wesentlich. Und ich freue mich sehr, dass ich im Rahmen meiner Präsidentschaft ein Vernetzungstreffen der Frauen über alle Ländergrenzen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam mit den Sozialpartnerinnen organisieren darf, denn Frauen sind in diesen Krisenzeiten besonders belastet, und hier bedarf es ganz dringend eines politischen Kraftaktes zur Chancengleichheit für Frauen.

Fast 18,5 Prozent Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern

und 42 Prozent Pensionsunterschied und durch Corona eine noch höhere Rate an Teilzeitarbeit bei Frauen sind politischer Handlungsauftrag.

Es braucht auch, da sind wir uns gerade im Bundesrat ja sehr einig, den flächendeckenden Ausbau der elementaren Bildungseinrichtungen mit einem echten

Booster. Das ist das

Gebot der Stunde: beste Bildung für die Kinder, Chancen für die Frauen, zu entscheiden, wie viele Stunden sie arbeiten, Sorgenfreiheit für die Eltern, weil einfach ein

Kinderbildungsplatz da ist. Hier darf ich Wien wieder erwähnen mit seinem ganz, ganz tollen und gut ausgebauten Angebot an Kinderbildungsplätzen, was einerseits das elementarpädagogische Angebot angeht, das seit zehn Jahren bereits in Wien gratis ist, aber beispielgebend ist auch das Ganztagschulangebot in verschränkter Form, auch das ist gratis.

Gerade aus dem Bundesrat heraus ist es ganz wichtig, die Bedeutung der Länder in ihrer Gestaltungskraft hervorzuheben. Städte und Gemeinden sind die Grund-

pfeiler unseres Landes. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger den wesentlichen Kontakt zu ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und den Bezug zu ihrer Stadt, zu ihrer Gemeinde, ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Damit sind wir beim Bereich der Daseinsvorsorge, und dieser Bereich hat im Rahmen meiner

Präsidentschaft natürlich einen herausragenden Stellenwert, nicht umsonst ist der Titel: starke öffentliche Strukturen.

Auch da ist die Bundeshauptstadt Wien ganz besonders hervorzuheben:

Wien als einzige Großstadt in Österreich mit fast zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, die fünftgrößte Stadt Europas ist beispielgebend für die hohe Qualität der Daseinsvorsorge und damit auch, und das zeigt sich immer wieder, für die hohe Lebensqualität.

Daseinsvorsorge ist ein bisschen ein sperriger Begriff, aber das heißt einfach: funktionierende gute Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, beste Gesundheitsversorgung, starke Dienstleistungen, ein extrem guter und leist-

**„Die Grundlage des staatlichen Handelns muss sein: Chancen geben, Ungerechtigkeiten verringern und Qualifizierungen ermöglichen.“**

Bundesratspräsidentin  
Korinna Schumann

barer öffentlicher Verkehr. All das ist grundlegend für die Menschen in ihrer Gemeinde und in ihrer Stadt.

Wesentlich ist auch, weil die Mietfrage so wichtig ist, der soziale Wohnbau. Ich darf betonen, dass zwei Drittel der Wienerinnen und Wiener im sozialen oder geförderten Wohnbau wohnen. Wien hat auch eine Besonderheit, weil Wien auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaut: Es gibt den Waff, den Wiener Arbeitnehmer:innen-Förderungs fonds, und dieser ist eine Besonderheit, denn der Auftrag und das Ziel sind es, Wienerinnen und Wiener zu qualifizieren, bei der Arbeitssuche zu unterstützen und gleichzeitig eng mit den Unternehmen zusammenzuarbeiten; alles das, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Wien erhalten und ausgebaut wird.

Wien macht Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz. Schon seit vielen Jahrzehnten sind wir hier Vorreiter. Es ist noch eine Besonderheit, die Wien so ausmacht: Wir haben jetzt Sommer und es geht um das Freizeitangebot. Das Freizeitangebot für die Menschen ist umfassend und es ist in vielen, vielen Fällen kostenlos oder für einen ganz geringen Beitrag zu nützen. Das ist etwas





Besonderes. Ich darf nur an das Donauinselfest erinnern, das größte Openairfestival Europas, bei dem man keinen Eintritt zahlen muss. Wir haben in Wien 1.000 Parkanlagen und Bäder, wir haben die Summer City Camps für die Kinder, die können dort spielen und dabei ein bisschen lernen und Sport betreiben. Und wir haben eine Einrichtung, die mich schon so lange begleitet, das sind die Wiener Büchereien.

Ich komme aus einer Familie mit vier Kindern, und es war nicht immer Geld da, um Bücher zu kaufen, aber ich habe die Chance gehabt, in den Büchereien so viele Bücher auszuborgen, welche mit

hohem Niveau, welche mit Unterhaltungswert, aber es war immer toll, in die Bücherei zu gehen und ein neues Werk mitzunehmen. Das wurde bei uns weitergegeben, auch mit meinem Sohn sind wir immer in die Büchereien gegangen, haben neue Bilderbücher oder Spannendes ausgeborgt, bei 1,5 Millionen Büchern, die es dort gibt, ist das ja keine Schwierigkeit. Also das ist etwas Besonderes und das begleitet mich in großem Ausmaß.

Ich bin Gewerkschafterin und damit ist natürlich die Frage der Lehre für mich eine ganz, ganz wichtige und das Werben für die Lehre, für die Bedeutung der Lehre. Ich freue mich sehr, dass es möglich



ist, für 8. September eine Veranstaltung rund um die Lehre hier im Bundesrat zu organisieren unter dem Titel: „Deine Lehre – Deine Zukunft!“. Da werden Schülerinnen und Schüler diskutieren, Lehrlinge, da werden die jungen Sozialpartner und -partnerinnen kommen, die Bundesjugendvertretung, und es wird die Möglichkeit geben, über die Lehre und über die Bedeutung der Lehre zu sprechen. Der Bundesrat ist dafür ein guter Raum.

Starke öffentliche Strukturen als Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – dazu gehört auch die Gedenk- und Erinnerungskultur. Es ist möglich, für Dezember eine Veranstaltung zum Gedenken an die Kindertransporte im Jahr 1938 im Bundesrat zu organisieren. Dieses Gedenken gerade im Bundesrat ist, glaube ich, wesentlich, vor allen Dingen deshalb, weil der Bundesrat einen Ausschuss hat, den der Nationalrat nicht hat, nämlich

den Kinderrechteausschuss, einen sehr aktiven und wichtigen Ausschuss. Und hier dieses Gedenken zu vollführen ist aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein wesentlicher Faktor für den Schutz unserer Demokratie. Die Gewichtungen dürfen nicht zu weit auseinandergehen. Es geht um Gerechtigkeit. Ein gutes Leben für alle muss das Ziel sein, Ausgleich schaffen, die großen Leistungen der Menschen im Alltag und im Berufsleben anerkennen, gegenseitiger Respekt und Wertschätzung, nicht wegschauen, wenn die Lasten der Menschen zu schwer werden, sondern schnell und ganz aktiv helfen.

Ich darf mit der Hoffnung schließen, mit der Wiener Präsidentschaft Anregungen zum Diskurs geben zu können, und sage vielen Dank.

# Ansprache von Landeshauptmann Michael Ludwig

Der Zusammenhalt und das Miteinander von Städten, Gemeinden und ländlichen Regionen sei gerade angesichts aktueller Krisen von zentraler Bedeutung, betonte der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig anlässlich der Wiener Vorsitzübernahme im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz.

Der Föderalismus sei ein unverzichtbares Element der Republik Österreich, betonte Ludwig, der selbst Ende der 1990er-Jahre Mitglied des Bundesrates war. Die Tätigkeit über Bundesländer- und Fraktionsgrenzen hinweg habe den Bundesrat schon immer ausgezeichnet. Den Schwerpunkt von Schumanns Präsidentschaft – „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ – werde er auch in seiner Position als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz unterstützen, sagte Ludwig, denn der Zusammenhalt und das Miteinander von Städten, Gemeinden und ländlichen Regionen sei „von zentraler Bedeutung“.

Er sprach sich insbesondere dagegen aus, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Schließlich teile man in vielen Bereichen gemeinsame Herausforderungen

und könne Lösungen am besten gemeinsam entwickeln. Ein besonderes Augenmerk richtete Ludwig auf die Landwirtschaft in Wien. Er sei stolz, Bürgermeister einer Millionenstadt zu sein, in der 14 Prozent der Grundfläche landwirtschaftlich genutzt werden. Mit manchen Produkten, etwa mit Gurken, versorge Wien sogar andere Regionen. Dass man in der Stadt Gemüse direkt von den Landwirtinnen und Landwirten mit der Straßenbahn abholen könne, sei ein Zeichen hoher Lebensqualität.

Herausforderungen sah Ludwig im Krieg in der Ukraine und der hohen Inflation, aber auch in der Digitalisierung, im Bildungsbereich und in der Bewältigung des Klimawandels. Vor diesem Hintergrund habe er für seinen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz das Motto „Entschlossen handeln, Zukunft sichern“

gewählt. Die Politik müsse vorangehen und – wenn nötig – unpopuläre Entscheidungen treffen, um das Land durch die Krisen zu bringen. Ludwig rief etwa erneut zu einem Preisgipfel von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und Sozialpartnern auf. Es gelte, gemeinsam zu handeln und schnelle Hilfe zu leisten, sprach er sich für ein gemeinsames Maßnahmenpaket zur Abfederung der Teuerung aus.

In der anschließenden Debatte betonten die Mitglieder des Bundesrates größtenteils die gute Lebensqualität in Wien und drückten – ob gebürtige oder zugezogene Wienerinnen und Wiener – ihre Liebe zur Stadt aus. Insbesondere Bundesrätinnen und Bundesräte von ÖVP und FPÖ sprachen aber auch Probleme an und übten zum Teil massive Kritik an der Wiener Stadtregierung.



# Diskussionsveranstaltung: Zukunft der Lehre

Zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Deine Lehre – Deine Zukunft“ lud Bundesratspräsidentin Schumann Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge, Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politiker ins Parlament. Dabei standen die Anforderungen an die Lehre der Zukunft im Mittelpunkt.

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 nahm Schumann zum Anlass, um am 8. September 2022 zu einer Diskussionsveranstaltung ins Parlament zu laden. „Deine Lehre – Deine Zukunft“ lautete der Titel der Veranstaltung, bei der Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge, Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politiker die Anforderungen an die Lehre der Zukunft und deren Bedeutung zur Behebung des aktuellen Fachkräftemangels erörterten.

## **Schumann: Lehrlinge sind Fundament des Arbeitsmarktes**

Lehrlinge seien das Fundament eines gesunden Arbeitsmarktes und die Fachkräfte von morgen, betonte Bundesratspräsidentin Schumann eingangs. Damit sei die Lehre ein Teil der Lösung des aktuellen

Fachkräftemangels. Deren Bedingungen müssten dementsprechend attraktiver gestaltet und optimiert werden, forderte Schumann, denn gute Ausbildung und Bezahlung sowie die Möglichkeit, Beruf und Freizeit zu kombinieren, seien Erfolgsmodelle für ein gutes Leben.

## **Regner: Fachkräfte von morgen mit Respekt behandeln**

Die Aufwertung des Lehrberufs gekoppelt an gute Bezahlung und kontinuierliche Weiterbildung sei notwendig zur Behebung des Fachkräftemangels, meinte auch Evelyn Regner, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Insgesamt sei es wichtig, die Fachkräfte der Zukunft mit entsprechendem Respekt zu behandeln und ihnen eine Ausbildung in bester Qualität anzubieten, plädierte sie.



### **Meißl: Lehre entscheidend für das Erreichen der Klimaziele**

Nur mit ausreichend und gut qualifizierten Arbeitskräften könnten die ehrgeizigen Klimaziele erreicht werden, warf Fritz Meißl, Geschäftsführer des Wiener Arbeitnehmer:innen-Förderungs fonds (Waff), ein. Daher müssten mehr junge Menschen für die Lehrausbildung begeistert werden. Zudem müssten die Lehrlinge und die Betriebe mehr unterstützt werden, um die Zahl der Abschlüsse zu erhöhen und die Dropout-Rate zu reduzieren.

### **Herzog: Lehre muss modernisiert werden**

Es sei an der Zeit, gemeinsam mit jungen Menschen die Zukunft der Lehre zu gestalten, erklärte Fiona Herzog, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung. Dazu sollten die Berufsschulen, die Lehrinhalte und die Lehrabschlussprüfung modernisiert werden, forderte Herzog. Ebenso sollte ein Facharbeitsfonds eingerichtet werden und die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder sollten mehr Weiterbildungen absolvieren.

# Bundesrat im Bundesland: Wien-Tour

Im Rahmen der seit vielen Jahren etablierten Veranstaltungsreihe von „Bundesrat im Bundesland“ besuchte Bundesratspräsidentin Schumann mit einer Delegation der Länderkammer die Großwärmepumpe der Wien Energie in Simmering, das Stadtentwicklungsgebiet im Sonnwendviertel und den Wiener Musikverein.

Im Rahmen des Veranstaltungstags „Bundesrat im Bundesland“, der traditionsgemäß im jeweiligen Bundesland der Bundesratspräsidentinnen und Bundesratspräsidenten stattfindet, informierten sich Bundesratspräsidentin Schumann und zahlreiche Mitglieder des Bundesrates über eine der stärksten Großwärmepumpen Mitteleuropas. Im Kontext der Energie- und Klimakrise war die

Versorgung von 25.000 Haushalten mit CO<sub>2</sub>-freier Fernwärme für die Bundesrätinnen und Bundesräte von besonderem Interesse. Die Führung wurde auch vom Vorsteher des Bezirks Simmering, Thomas Steinhart, begleitet.

Bei der anschließenden Führung durch das Stadtentwicklungsgebiet im Favoritner Sonnwendviertel berichteten Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál und Bezirksvorsteher Marcus Franz über das innovative Großprojekt, nach dessen Fertigstellung Wohnungen für 13.000 Wienerinnen und Wiener sowie 20.000 neue Arbeitsplätze auf dem Gebiet eines ehemaligen Frachtenbahnhofs entstanden sein werden.

„Wien ist beispielgebend für hohe Lebensqualität und zukunftsweisend im Klimaschutz, wie sich durch die Errich-





tung der Großwärmepumpe Simmering zeigt. Das neue Stadtgebiet im Sonnwendviertel ist mit seinen vielen Grünflächen, der hervorragenden Infrastruktur und dem Fokus auf sozialen Wohnbau Wiens Antwort auf die komplexen Herausforderungen des Wohnens der Zukunft“, betonte Korinna Schumann.

An den Führungen nahmen mit Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál, Landtagspräsidenten Ernst Woller und den Bezirksvorstehern aus Simmering und Favoriten auch Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Wien teil.



---

(links, v. li.) Simmeringer Bezirksvorsteher Thomas Steinhart und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann vor dem Kondensator des Biomassekraftwerks

(rechts unten, v. li.) Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und der Favoritner Bezirksvorsteher Marcus Franz

# Diskussionsveranstaltung: Zukunft des Sozialstaats

Die Zukunft des Sozialstaats und seine Rolle insbesondere in Krisenzeiten war Thema der Diskussionsveranstaltung „Mit dem Sozialstaat durch die Krisen“, die am 18. Oktober 2022 im Parlament in der Hofburg stattfand.

Auf Einladung von Bundesratspräsidentin Schumann und des ÖGB-Verlags diskutierten Expertinnen und Experten darüber, wie der Sozialstaat abgesichert und zukunftsfit gestaltet werden soll. Der Sozialstaat habe massiv zum Wohlstand beigetragen, dementsprechend stolz

könne man auf ihn sein, betonte Schumann in ihrer Eröffnungsrede. Nur ein stabiler Sozialstaat könne die Gesellschaft durch die Krise bringen, betonte sie. Der Sozialstaat habe sich in der Krise mit ihren vielen Herausforderungen bewährt und unterstütze mit seinen Leistungen





die Menschen in allen Lebenslagen, und kaum jemand habe diese noch nicht in Anspruch genommen. Der Sozialstaat sei aber kein Selbstläufer, mahnte Schumann ein. Er müsse gestärkt und weiterentwickelt sowie seine Finanzierung abgesichert werden.

### **Kraßnitzer: Nur wer seine Rechte kennt, kann diese durchsetzen**

„Nur wer seine Rechte kennt, kann diese auch durchsetzen“, erklärte Iris Kraßnitzer, Geschäftsführerin des ÖGB-Verlags, die Idee hinter der Veröffentlichung des Ratgeberbuchs „Sozialleistungen im Überblick“. In dem Buch gelinge es, einen Überblick über die Breite des Sozialstaats zu schaffen. Um diese Informationen breit zugänglich zu machen, seien diese auch auf der Website [www.sozialleistungen.at](http://www.sozialleistungen.at) verfügbar. Die Menschen würden Informationen suchen und Unterstützung benötigen, verwies Kraßnitzer auf die zuletzt massiv gestiegenen Zugriffe auf die Website.

### **Buxbaum: Sozialstaat ist Korrektiv für das Schicksal der Menschen**

Mit einem Zitat des Journalisten Heribert Prantl, dass das Leben ungerecht anfange, ungerecht aufhöre und es dazwischen

auch nicht viel besser sei, ging Ökonom Adi Buxbaum auf die Rolle und die Bedeutung des Sozialstaats als Korrektiv für das Schicksal der Menschen ein. Der Sozialstaat sei gut ausgebaut und müsse verteidigt werden. Er helfe den Menschen in Phasen, in denen sie verwundbar und auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft angewiesen sind, erklärte er. Hinsichtlich einer öffentlichen, immer wieder aufkeimenden Diskussion zur Reduktion des Sozialstaats aufgrund seiner Kosten mahnte Buxbaum ein, die Kosten nicht nach ihrem nominellen Volumen, sondern in Relation zur Wirtschaftsleistung zu betrachten. Dabei zeige sich, dass sich die Kosten relativ konstant über die Jahre entwickeln.

### **Podiumsdiskussion mit wichtigen Impulsen**

Die Sozialversicherungsreform und die Coronakrise hätten zu enormen Herausforderungen geführt, meinte Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Expertinnen und Experten. Eine Ausweitung von Selbstbehalten könne dabei aber keine Lösung sein. Die ärztliche Versorgung im niedergelassenen Bereich sei momentan nicht ausreichend, forderte

Reischl hier dringend Gegenmaßnahmen. Für Lehrlinge sei die psychosoziale Betreuung aktuell das „brennendste“ Problem nach der Coronakrise. Hinsichtlich des Fachkräftemangels kritisierte sie unzureichende Mittel für die Lehrlingsausbildung und forderte unter anderem ein Schulstartgeld für sie.

Die finanzielle Absicherung der Arbeitslosenversicherung sei nicht ausreichend, sprach sich Silvia Hruška-Frank, Direktorin der Arbeiterkammer Wien, neben einer Erhöhung der Nettoersatzrate auch für eine Verbesserung der Qualifizierungsmaßnahmen aus. Zudem wies sie auf die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung für die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden hin. Frauen seien in der Krise oft in alte Rollenbilder zurückgefallen, was sich nachteilig auf ihre Arbeitsmarktsituation ausgewirkt habe, sagte sie, und forderte Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Valorisierung der Sozialleistungen sei begrüßenswert. Angesichts der Inflation und des



niedrigen Arbeitslosengeldes gebe es aber auch hier Handlungsbedarf, meinte Hruška-Frank.

Die Regierung habe in der Krise sehr viel Geld für Einmalzahlungen und strukturelle Maßnahmen in die Hand genommen, es werde aber zu viel nach dem Gießkannenprinzip verteilt, erklärte Michael



höchsten und die Armutsgefährdung im Durchschnitt. Die Nettoersatzrate bei der Arbeitslosenversicherung sei aber vergleichsweise niedrig. Eine wichtige Rolle für die Europäische Union sah Fuchs bei der Bewältigung der hohen Preise etwa durch einen gemeinsamen Gaseinkauf.

Es gebe zu wenige Zahlen, die zeigten, wie das Vermögen in Österreich verteilt sei, plädierte Ökonom Adi Buxbaum für eine Neuauflage eines Sozialberichtes als Grundlage für die Diskussion um Vermögenssteuern. Der Krisenmodus sei heute ein anderer, man habe im Vergleich zur Finanz- und Wirtschaftskrise dazugelernt. Es gebe Länder, die den Sozialstaat unter anderem über Vermögenssteuern finanzieren, diese könnten Best-Practice-Beispiele sein, ergänzte Fuchs.

Fuchs, Sozialwissenschaftler am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Die Sozialquote sei im europäischen Vergleich eine der

---

(v.li.) Ökonom Adi Buxbaum, Geschäftsführerin des ÖGB-Verlags Iris Krassnitzer, Moderator Michael Mazohl, Leitende Sekretärin des ÖGB Ingrid Reischl, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Sozialwissenschaftler am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung Michael Fuchs und Direktorin der Arbeiterkammer Wien Silvia Hruška-Frank

# Bundesrat nimmt Kinder und Jugendliche in den Fokus

Der österreichische Bundesrat ist eine der wenigen Länderkammern weltweit, die einen eigenen Kinderrechteausschuss eingerichtet hat. Zum Austausch mit Expertinnen und Experten besuchen jedes Halbjahr die Mitglieder dieses Ausschusses jenes Bundesland, welches gerade die Bundesratspräsidentschaft innehat.

Am 17. September 2022 fand der Besuch des Kinderrechteausschusses im Wiener Rathaus statt. Der internationale Tag der Kinderrechte wird weltweit anlässlich der am 20. November 1989 verabschiedeten Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes gefeiert.

Anlässlich dieses Schwerpunkts betonte Bundesratspräsidentin Schumann: „Kinder und Jugendliche brauchen viel mehr Aufmerksamkeit, als wir ihnen derzeit als Gesellschaft schenken. Umso wichtiger ist es, dass wir als Länderkammer des österreichischen Parlaments die Bedürfnisse junger Menschen in den Fokus unserer politischen Arbeit rücken“, so Schumann.

Die Vorsitzende des Kinderrechteausschusses Daniela Gruber-Pruner erklärte, dass es gute Tradition sei, dass an den

Kinderrechte-Bundesländer-Tagen Dialoge mit den Mitgliedern des Bundesrates und Kinderrechte-Expertinnen und -Experten stattfinden. So beinhaltete das diesjährige Programm einen Austausch mit Wiener Landtagsabgeordneten, den Kinder- und Jugendanwältinnen und -anwälten Wiens und Vertreterinnen und Vertretern des Österreichischen Komitees für Soziale Arbeit. „Die Kinderrechte umfassen alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen, vom Schutz über die Versorgung bis hin zur Teilhabe aller jungen Menschen. Dementsprechend breit sind die Themen, mit denen wir uns beschäftigen“, so die Ausschussvorsitzende.

„Uns ist es wichtig, bei diesen Besuchen direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen und ihrer Lebenswelt zu haben“, ergänzte Heike Eder, Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Jugend



des Bundesrates. Daher stand an diesem Tag auch ein Besuch eines Bildungscampus auf der Tagesordnung – ein beispielgebendes Modell, wie in Wien Bildung für alle Kinder umgesetzt wird. „Wir wollen aus jedem Bundesland Best-Practice-Modelle vor den Vorhang holen“, so Eder.

Bundesrätinnen und Bundesräte, Expertinnen und Experten waren sich einig: Die vergangenen zwei Jahre waren für Kinder und Jugendliche besonders belastend. Damit junge Menschen die vielen Herausforderungen der Zukunft bewältigen

können und sich dabei bestmöglich entwickeln, müssen Erwachsene an deren Seite stehen und aktiv positive Perspektiven erarbeiten, führten sie aus.

„Der Internationale Kinderrechtetag erinnert weltweit daran, dass alle Kinder Rechte haben und dass wir uns als Entscheidungsträger:innen dazu verpflichtet haben, dafür zu sorgen, dass das nicht nur auf dem Papier steht, sondern im Alltag der Kinder ankommt“, sagten Schumann und Gruber-Pruner unisono.

# Enquete: Aktiver Staat als Transformationstreiber

Im Einklang mit dem Motto ihrer Bundesratspräsidentschaft – ein starker Staat als Grundlage des Zusammenlebens – eröffnete am 29. November 2022 Bundesratspräsidentin Korinna Schumann die Enquete „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“.

Coronakrise, Teuerung und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben laut Schumann einmal mehr gezeigt, dass die „stärkste Stütze“ in Zeiten multipler Krisen ein starker Staat sei, dem die Menschen vertrauen. Das schaffe „Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Neben Arbeiterkammer (AK) und Wirtschaftskammer (WK), die unter anderem durch AK-Präsidentin Renate Anderl und WKÖ-Vizepräsidentin Amelie Groß bei der Veranstaltung vertreten waren, stellten auch mehrere Landtage, Ministerien, die Industriellenvereinigung, der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), der Städtebund sowie Mitglieder der Parlamentsparteien und des Europäischen Parlaments Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung. Eingangs skizzierte Achim Truger, Professor für Sozioökonomie an der Universität

Duisburg-Essen, welche Gestaltungsmöglichkeit ein Staat bei der Bewältigung von Krisen hat.

## **Staatliche Steuerung für Schumann essenziell**

Das Gestalten in Krisenzeiten ist in Schumanns Augen essenzielle Aufgabe eines aktiven und vorausschauenden Staats. Der Sozialstaat müsse als Sicherheitsnetz „alle jene tragen können, die ihn wirklich brauchen“, unterstrich die Bundesratspräsidentin und wies auf die zahlreichen Unsicherheiten hin, die Zeiten des Wandels für viele Menschen mit sich brächten. Gleichzeitig brauche es den Staat als stabilen Regulator, um den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten und „gerecht zu verteilen“. Beispielsweise könne die Gleichstellung von Frauen nur erreicht werden, wenn ent-



sprechende Rahmenbedingungen – von Kinderbetreuung bis Quotenregelungen in Führungsämtern – vorhanden seien. Nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels befinde sich die Wirtschaft in einer Transformation, in der neue Branchen entstünden und traditionelle Berufe sich änderten, sagte Schumann. Das erfordere eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein gut ausgebautes Bildungssystem. Daseinsvorsorge nannte sie als weiteren bedeutenden Bereich, für den der Staat Verantwortung trage. Die massiv gestiegenen Preise stellen ihr zufolge derzeit die Gemeinden vor große Herausforderungen, allgemein

zugängliche Dienstleistungen – etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung – bereitzustellen.

### **Truger wirbt für kreditfinanzierte Investitionen**

Universitätsprofessor Achim Truger ging in seinem Impulsreferat auf die Rolle des Staats und der öffentlichen Finanzen in Zeiten der Krisen ein. Kern seiner Ausführungen war: Jene Menschen, die Hilfen zur Krisenbewältigung am nötigsten brauchen, sollten am stärksten entlastet werden.



Als Mitglied des deutschen Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erläuterte Truger anhand der Energiekrise in Deutschland, welche Antworten der Staat zur Problemlösung geben könne. Im Detail beschrieb er die jüngst umgesetzte Gaspreisbremse in Deutschland, die neben einer Entlastung von Haushalten und Industrie auch darauf abziele, den Gasverbrauch abzusenken. Mithilfe von Einsparanreizen wolle man eine unangemessene Subventionierung von Unternehmen vermeiden, so der Volkswirtschaftsprofessor. Auch eine Absenkung der Inflation sei dadurch beabsichtigt sowie eine langfristige Abkehr von fossilen Energieträgern mit dem Ziel

der Klimaneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft.

Private Investitionen seien bei derartigen Transformationen zwar stark gefordert, unterstrich Truger, doch auch der Staat müsse mit Investitionen in Leitungsnetze, den öffentlichen Verkehr, die Gebäudesanierung und durch Innovationszuschüsse für die Industrie und die Regionalpolitik aktiv sein. Zur Finanzierung dieser staatlichen Ausgaben riet Truger, die gegebenen Möglichkeiten der Kreditfinanzierung zu nutzen, da die Zinsen für Staatsschulden in Deutschland und Österreich noch vergleichsweise gering seien.



## **Staat als strategischer Transformationstreiber**

Im ersten Diskussionspanel zu „Wirtschaft im Wandel – die Rolle des aktiven Staats“ war der Tenor, eine Transformation der Wirtschaft sei gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels von staatlicher Seite strategisch zu regeln. Die Leiterin des Bereichs Volkswirtschaft im ÖGB, Helene Schuberth, befand, der Staat müsse „mehr als nur Krisenmanager sein“. Für den Wiener Finanzstadtrat Peter Hanke hätten die geopolitischen Veränderungen der jüngsten Zeit der Politik neue Zielsetzungen gegeben. Anstatt von Wachstum als oberstem Ziel zu sprechen, gelte es nunmehr, nach sauberem Wirtschaften mit einer „Vision für das Morgen“ zu trachten, inklusive nachhaltiger Daseinsvorsorge.

Nationalratsabgeordneter Christoph Matznetter (SPÖ) sprach sich als WKÖ-Vizepräsident ebenfalls dafür aus, den funktionierenden Staat als Basis für die Wirtschaft zu sehen. Änderungen am Wirtschaftssystem seien daher mit staatlichen Regulatorien und nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien durchzuführen, etwa durch eine Gaspreisbremse zur Bewältigung der Energiekrise.

## **Gemeinsame Sicherung des Wohlstands**

Mit der „Rolle öffentlicher Strukturen als Stabilisator in Zeiten der Krisen und großen Veränderungen“ befasste sich neben AK-Präsidentin Anderl und WKÖ-Vizepräsidentin Groß auch ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Letzterer hielt fest, die Übermacht des Markts gegenüber dem Staat sei Vergangenheit, das habe sich besonders während der Coronapandemie gezeigt. Aktuell sei der Staat zur Abmilderung der Teuerung aufgerufen, mahnte Katzian, da viele Menschen sich dadurch in Existenznöten befänden, was eine Gefahr für Gesellschaft und Demokratie darstelle.

Groß bestätigte, staatliche Regelungen wie die pandemiebedingte Kurzarbeit, erarbeitet unter Einbindung der Sozialpartnerschaft, hätten in der Coronakrise für das Weiterbestehen von Unternehmen und Arbeitsplätzen gesorgt. Nun leide Österreich durch den unerwartet raschen Aufschwung der Wirtschaft unter einem massiven Fachkräftemangel, so Groß, die darin gemeinsam mit den hohen Energiepreisen und der demografischen Entwicklung eines der größten Probleme des heimischen Wirtschaftsstandorts ausmacht.

# Deine Stadt – Raum zum Leben

Am 16. November 2022 luden der Österreichische Städtebund, der Bundesrat mit Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und das Urban Forum – Egon-Matzner-Institut für Stadtforschung zur gemeinsamen Veranstaltung „Deine Stadt – Raum zum Leben“ ins Wiener Rathaus ein.

Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Wiener Landtagspräsident Ernst Woller sowie Thomas Weninger, Generalsekretär des Städtebundes, eröffneten die Veranstaltung und begrüßten die Expertinnen und Experten und die anwesenden Gäste.

In mehreren Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurde das Grundthema der Veranstaltung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Bernhard Hoser, Mitarbeiter des SORA-Instituts, sprach über die Stadt als Lebensraum für junge Menschen. Marina Hanke, Mitglied des





Wiener Gemeinderates, konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf die Stadt als Chancenraum für junge Frauen, während Martina Eigelsreiter, Leiterin des Büros für Diversität in St. Pölten, ihren Fokus auf die Stadt als Raum der Vielfalt und Internationalität richtete.

**Schumann: „Die Jugend von heute bestimmt das urbane Leben von morgen.“**

Bun­desrats­präsi­den­tin Korinna Schumann wies darauf hin, dass Städte neben der guten Infrastruktur auch hervorragende Aus- und Weiterbildungsmöglich-

keiten bieten. „Sie sind Wirtschaftsmotoren für die Regionen und ermöglichen die besten Karrierechancen“, betonte sie. Dabei gelte es zu bedenken, dass erst ein vielfältiges und leistbares Angebot an Kinderbildungseinrichtungen sowie eine gut ausgebaute Gesundheitsversorgung Städte zu attraktiven Wohnräumen für alle machen. Großstädte wie Wien setzen bei der Stadtplanung und der Gestaltung des städtischen Zusammenlebens daher bewusst auf eine starke Mitsprache und Einbeziehung junger Menschen, führte Schumann aus: „Die Jugend von heute bestimmt das urbane Leben von morgen.“

**Ludwig: „Die Städte in Österreich leben vor, wie Lebensqualität funktioniert.“**

Michael Ludwig, Wiener Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebundes, pflichtete Schumann bei: „Die Städte in Österreich leben vor, wie Lebensqualität funktioniert. So hat Wien zum Beispiel mehr als 50 Prozent Grünraum, neue Stadtentwicklungsgebiete werden erschlossen, eine neue U-Bahn gebaut und vieles mehr.“ Gerade in Krisenzeiten würden der öffentliche Raum, die Stadt- und Ortskerne und die Innenstädte immer wichtiger, betonte der Bürgermeister.

# Welt-Aids-Tag im Parlament

Anlässlich des Welt-Aids-Tages fand im Parlament die Veranstaltung „Lust auf Reden. Gemeinsam für sexuelle Gesundheit“ statt, zu der Bundesratspräsidentin Schumann, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und die Aids-Hilfe Wien gemeinsam eingeladen hatten.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, welche Maßnahmen es braucht, um sexuelle Gesundheit auf verschiedenen Ebenen anzusprechen. Denn HIV und sexuelle Gesundheit dürfen keine Tabuthemen sein, war man sich einig. Als Zeichen der Solidarität mit HIV-Infizierten und an Aids Erkrankten wurde über dem Haupteingang des Ausweichquartiers des Parlaments in der Hofburg wieder die rote Schleife angebracht.

Schweigen könne krank machen, betonte Schumann in ihren Eröffnungsworten. Deshalb seien der Titel und das Anliegen der Veranstaltung so wichtig. Es gelte, dem Thema sexuelle Gesundheit mehr Aufmerksamkeit zu widmen und ein Bewusstsein in der Gesellschaft zu schaffen, denn im 21. Jahrhundert sollte es eigentlich keine sexuell übertragbaren Krankheiten mehr geben, so Schumann.

Die Gesellschaft hätte die wissenschaftlichen, medizinischen und finanziellen Möglichkeiten dafür. Die Tabuisierung des Themas verhindere aber wichtigen Fortschritt, sagte die Bundesratspräsidentin, die sich für eine bessere Verfügbarkeit von Präventions- und Behandlungsangeboten, mehr Investitionen und ein gestärktes Bewusstsein aussprach.

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures wandte ein, dass die Frage der Lebensqualität von HIV-positiven Menschen eng mit der liberalen Demokratie verbunden sei. Denn während in den 1980er-Jahren eine HIV-Diagnose noch ein plötzliches Todesurteil bedeutete, müsse jetzt eine früh erkannte und behandelte Infektion die Lebenserwartung nicht mehr beeinflussen. Das sei den Fortschritten der Wissenschaft zu verdanken, für die es wiederum ein Umfeld der Wis-



senschaftsfreiheit und der Anerkennung von Forschung sowie ein solidarisches Gesundheitssystem brauche. Bures kritisierte Angriffe auf die liberale Demokratie, etwa durch Wissenschaftsskepsis oder das Infragestellen von Menschenrechten. Für die Zweite Nationalratspräsidentin steht das Symbol des Red Ribbon auch für das Versprechen, dass für den demokratischen Weg und die bisherigen Fortschritte gekämpft werde.

Vorsitzender der Aids-Hilfe Wien Stefan Dobias betonte, dass es trotz aller Fortschritte noch viel zu tun gebe. Es brauche einen selbstverständlicheren Umgang mit sexueller Gesundheit, eine bessere Verfügbarkeit von HIV-Behandlung sowie einen niederschwelligeren Zugang zu Tests und Präventionsangeboten. Auch im medizinischen Bereich fehle es an Schulungen, angemessener Vergütung und Zeit für Beratung und Behandlungen

---

(v.li.) Vorsitzender der Aids-Hilfe Wien Stefan Dobias, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Geschäftsführerin der Aids-Hilfe Wien Andrea Brunner



zu sexueller Gesundheit. Für Betroffene führe die Diskriminierung im Alltag oft jedoch zu mehr Einschränkungen als die HIV-Infektion selbst. Deshalb werde die Aids-Hilfe Wien weiterhin für die sexuelle Gesundheit aller Menschen eintreten, betonte Dobias.

### **HIV bei Frauen und notwendige Schritte**

In ihrer Keynote widmete sich Anette Haberl, Leiterin des Bereichs HIV und Frauen am HIV-Center des Universitätsklinikums Frankfurt am Main, dem Thema HIV bei Frauen. Denn Frauen seien eine zu wenig beachtete Gruppe, wenn es um Prävention und Behandlung von HIV gehe. Welt-

weit seien 51 Prozent der Menschen, die mit HIV leben, weiblich. In Österreich und Deutschland seien nur rund 20 Prozent Frauen. Das berge die Gefahr, übersehen zu werden. Haberl zeigte insbesondere auf, dass es bei Studien zur Wirksamkeit von Medikamenten oder Behandlungsstrategien eine bedeutende Datenlücke gebe. Oft seien aufgrund der geringen Anzahl von Studienteilnehmerinnen keine Aussagen zu Verträglichkeit oder Wirksamkeit bei Frauen möglich. Auch besondere Zeiten wie die Schwangerschaft oder die Menopause würden in Erhebungen zu wenig berücksichtigt. Von dem vorbeugenden Medikament, der sogenannten Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP), das in Deutschland von den Krankenkassen

übernommen werde, wüssten Frauen oft nichts. Haberl nahm hier Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie Hausärztinnen und Hausärzte in die Pflicht und forderte mehr Aufklärung. Insgesamt sah sie strukturelle Ursachen für Versorgungslücken von Frauen mit HIV. Es werde Medizin von Männern für Männer gemacht, sagte sie. Haberl forderte mehr Lobbyarbeit von und für Frauen und entsprechende Schwerpunktsetzungen durch die Politik.

Bei der abschließenden Paneldiskussion sprachen der Präsident der Österreichischen Aids-Gesellschaft, Alexander Zoufaly, die Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft, Sandra Konstatzky, und die Obfrau der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, Ann-Sophie Otte, über notwendige Schritte für mehr sexuelle Gesundheit.

Präsident der Österreichischen Aids-Gesellschaft Alexander Zoufaly bezeichnete es als besonders wichtig, dass Medizinerinnen und Medizinern stets am neuesten

Stand der Wissenschaft zu Therapie und Prävention von HIV seien und dieses Wissen in der Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten einsetzten.

Sandra Konstatzky sprach sich mit Blick auf Diskriminierungsfälle, die der Gleichbehandlungsanwaltschaft berichtet werden, ebenfalls für einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen aus. In der Praxis gebe es oft mehrere Gründe für Diskriminierungserfahrungen. Gerade bei HIV spiele etwa neben dem Gesundheitsstatus einer Person auch die Stigmatisierung von LGBTIQ-Personen eine große Rolle.

Ann-Sophie Otte unterstrich, wie wichtig es sei, eine laute Stimme für sexuelle Gesundheit zu erheben. Denn wenn ihre Community nicht laut schreie, bekomme sie nichts. Informationen und Forderungen nach außen zu tragen sah sie deshalb als ihre Kernaufgabe.

---

(v.li.) Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Leiterin des Bereichs HIV und Frauen am HIV-Center des Universitätsklinikums Frankfurt am Main Annette Haberl, Obfrau der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien Ann-Sophie Otte, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft Sandra Konstatzky, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Geschäftsführerin der Aids-Hilfe Wien Andrea Brunner, Präsident der Österreichischen Aids-Gesellschaft Alexander Zoufaly, Vorsitzender der Aids-Hilfe Wien Stefan Dobias und Musikerin Sigrid Horn

# Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen

Der 3. Dezember ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen. In dessen Vorfeld luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Präsidentin Doris Bures und Dritter Präsident Norbert Hofer sowie Bundesratspräsidentin Korinna Schumann zu einer Auftaktveranstaltung ins Wiener Museumsquartier.

Herausforderungen im Alltag für Menschen mit Behinderungen – zwischen Vision und Wirklichkeit: Im Zentrum der Veranstaltung stand die Bewusstseinsbildung über die Rechte und Anliegen von Menschen mit Behinderungen. Eine Ge-

sellschaft im 21. Jahrhundert, die sich als humane Gesellschaft bezeichnet, müsse allen Menschen die Teilhabe ermöglichen, erklärte Nationalratspräsident Sobotka in seiner Rede. Dazu brauche es eine Veränderung im Bewusstsein, welche nur durch





einen permanenten Dialog erreicht werden könne. Als wichtigste Frage erachtete Sobotka die rechtliche Verankerung. Hier gelte es nicht nur, einen Rechtsanspruch für Menschen mit Behinderungen auf den Weg zu bringen, sondern diesen so zu gestalten, dass er auch durchsetzbar ist. Hinsichtlich Barrierefreiheit verwies Sobotka auf die Berücksichtigung entsprechender Standards bei der Renovierung des Parlamentsgebäudes.

### **Schumann: Ziele für Barrierefreiheit noch lange nicht erreicht**

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sei in Österreich zwar verfassungsrechtlich verankert, in der Realität gebe es aber nach wie vor sehr viele Hürden und die Ziele für eine berufliche und barrierefreie Teilhabe seien noch lange nicht erreicht, erklärte Bundesratspräsidentin Schumann. Dementsprechend lang sei die Forderungsliste und warte auf ihre Umsetzung. So gelte es, ein inklusives – mit der Elementarpädagogik beginnendes – Bildungssystem zu schaffen und Beratungsstrukturen zu verbessern. Ebenso brauche es Förderungen und Unterstützungen, um am Arbeitsplatz gleiche Chancen und damit ein eigenes Einkommen und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu haben.

Die Barrierefreiheit müsse umfassend, von Gebäuden über den öffentlichen Verkehr bis hin zur digitalen Welt, umgesetzt werden, forderte sie.

### **Hofer: Jeder ist auf irgendeine Art und Weise anders**

Die Metamorphose von einem Leben mit etwas weniger Behinderung – irgendeine Behinderung habe jeder – zu einem Leben mit mehr Behinderung sei nicht immer einfach, berichtete Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer. Man stehe dementsprechend vor einer Herausforderung, mit diesem anderen Leben zurechtzukommen. Ziel der Veranstaltung sei, dass man erkenne, dass jeder auf irgendeine Art und Weise etwas anders sei und dass es stark mache, Hürden zu überwinden.

### **Kravanja: Umdenken für die Zukunft der Gesellschaft**

Einmal im Jahr gebe es den Tag der Menschen mit Behinderungen, man sollte aber das ganze Jahr auf deren Probleme schauen, plädierte Rudolf Kravanja, Präsident des Bundesverbands ÖZIV. Es brauche eine inklusive Gesellschaft, in der jeder weiß, was die und der andere braucht, und man sich keine Sorgen ma-

chen muss, ob etwas barrierefrei ist oder nicht. Aktuell würden hingegen etwa vor Weihnachten die großteils barrierefreien Plätze mit nicht barrierefreien Märkten verbaut und Menschen mit Behinderungen so die Teilnahme erschwert. Dasselbe gelte für Geschäfte, Hotels und Thermen, wo potenzielle Kundinnen und Kunden aufgrund von Barrieren ausgesperrt würden. Es brauche hier ein Umdenken für die Zukunft der Gesellschaft.

### **Forderungen nach Barrierefreiheit und Chancengleichheit**

Man könne die Welt sicher nicht von einem Tag auf den anderen barrierefrei machen, erklärte Elmar Fürst, Vorstandsvorsitzender der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Österreichs. Es sei aber ärgerlich, wenn bei neuen Projekten Menschen mit Behinderungen nicht einbezogen würden, plädierte Fürst für eine rechtliche Verankerung wie eine verpflichtende Einbindung des österreichischen Behindertenrates bei Planungsprojekten.

Gehörlose, hörbehinderte, schwerhörnde und taubblinde Menschen, aber auch die Kinder von gehörlosen Eltern bräuchten ein Recht auf Sprache, forderte Lukas Huber, Generalsekretär des Österreichi-

schen Gehörlosenbundes. Dies würde ihnen ermöglichen, in dieser Sprache gefördert zu werden. Ebenso trat Huber für einen Inklusionsfonds ein, aus dem Dolmetschleistungen unabhängig von Einkommen und Bundesland finanziert werden. Insgesamt müssten gehörlosen und schwerhörenden Menschen die gleichen Chancen ermöglicht werden.

Österreich habe noch viel zu tun zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – vor allem im Bereich der Bildung und des Arbeitsplatzes, meinte Daniela Rammel vom ÖZIV-Bundesverband. Für Verbesserungen müssten Strukturen aufgebrochen werden, damit alle die gleichen Chancen haben, an Bildung teilzunehmen, und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen nicht mehr an den „Barrieren im Kopf“ der Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern scheitert.

Da es kein Recht auf Barrierefreiheit in Ausbildung und Beruf gebe, erhielten Menschen mit Behinderungen in der Folge keine gute Ausbildung, damit keinen guten Job und gelangten so in die „Hilfsschiene“. Dies sei ein Teufelskreis, der mit einer rechtlichen Verankerung gebrochen werden müsse, forderte der Rollstuhlbasketballer Philipp Hochenburger.



Isabella Aigner berichtete von ihrer Aufgabe als Erwachsenentrainerin beim ÖZIV-Bundesverband, das Thema Inklusion und Barrierefreiheit nach außen zu vermitteln. Kinder seien viel offener und hätten viel weniger Probleme mit Behinderung als erwachsene Menschen, meinte sie.

### **#PurpleLightUp: Sichtbares Zeichen des Parlaments**

Die Veranstaltung fand anlässlich der erneuten Teilnahme des Parlaments an der weltweiten Inklusionskampagne #PurpleLightUp statt. Neben der Veranstaltung wurde als weiterer Programmpunkt die Fassade des Ausweichquartiers des Parlamentes in der Wiener Hofburg als sichtbares Zeichen wieder lila beleuchtet.

---

(v. li.) ÖZIV-Bundesverband Isabella Aigner, Präsident des ÖZIV-Bundesverbands Rudolf Kravanja, Mitglied des ÖGLB – Österreichischer Gehörlosenbund Lukas Huber, Daniela Rammel, ÖZIV-Bundesverband, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Sachverständige für barrierefreies Bauen Barbara Sima-Ruml, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer, Rollstuhlbasketballer Philipp Hochenburger, Elmar Fürst, Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen, Tänzer von Ich bin OK, Musiker Otto Lechner, Anton Burger, im Vordergrund Tänzerinnen und Tänzer von Ich bin OK

# Gedenkveranstaltung: Kindertransporte 1938/39

„Vergiss nie, dass du ein jüdisches Kind bist“, lautet der Titel des Buchs von Anna Wexberg-Kubesch, das der Flucht von Kindern in den Jahren 1938/39 gewidmet ist. In Erinnerung an die sogenannten „Kindertransporte“ lud Bundesratspräsidentin Schumann am 12. Dezember 2022 zu einer Gedenkveranstaltung ins Palais Epstein.

Der Abend erinnerte an jene Gruppe jüdischer Kinder, die durch die Kindertransporte 1938/39 auf unterschiedlichste Weise den Holocaust überlebten, während rund 1,5 Millionen ihrer Altersgenossinnen und Altersgenossen dem mörderischen NS-Regime zum Opfer fielen.

## **Schumann: Verantwortung für die Gegenwart übernehmen**

Bundesratspräsidentin Schumann betonte in ihren Eröffnungsworten die Wichtigkeit einer aktiven Erinnerungspolitik für die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses. Die Forderung „Niemals wieder!“ bedeute, sich der Vergangenheit zu stellen und Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Das österreichische Parlament trage in diesem Sinne mit regelmäßigen Veranstaltungen und Gedenk-

feiern zur Erinnerungskultur bei. Diesmal erinnere man an das Schicksal der Kinder, die dem sogenannten „Großdeutschen Reich“ 1938 und 1939 aufgrund des Engagements von britisch-jüdischen Hilfsorganisationen entfliehen konnten. Auch sie müssten ihren Platz in der kollektiven Erinnerung erhalten, sagte Schumann.

Viele der Kinder, deren Familien versuchten, sie mit einem „Kindertransport“ vor der Verfolgung zu retten, stammten aus Wien. Auch wenn sie oberflächlich betrachtet zu den „Glücklichen“ gehören würden, seien ihnen allen die Erfahrung der Entwurzelung und das Trauma der Flucht gemeinsam. Das offizielle Österreich habe nach 1945 auch dieser Gruppe gegenüber zu lange versäumt, seine Verantwortung wahrzunehmen und ein Angebot der Wiedergutmachung auszusprechen. Erst 2019 sei vom Parlament



ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz auf den Weg gebracht worden, das sich auch an die Nachkommen von Menschen richte, die einen Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft hatten. Dieses Gesetz sei wichtig als ein später und kleiner Versuch, geschehenes Unrecht wiedergutzumachen, meinte Schumann.

### **Serloth: Eine beispiellose Hilfsaktion**

Politikwissenschaftlerin Barbara Serloth führte aus, wie es dazu kam, dass eine kleine Gruppe von Kindern durch die Aktion „Kindertransport“ gerettet werden konnte. Ausgangspunkt und Hauptziel der beispiellosen Hilfsaktion war Großbritannien, führte Serloth aus. Jüdische

Hilfsorganisationen reagierten auf den Novemberpogrom 1938, indem sie sich an offizielle Stellen wandten und erreichten, dass die strengen Visabestimmungen für Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 17 Jahren gelockert wurden. In Zusammenarbeit vieler Stellen gelang es, 10.000 bis 12.000 Kinder aus verfolgten Familien von Dezember 1938 bis August 1939 in mehreren Gruppen ohne ihre Eltern aus dem Gebiet bzw. dem Einflussbereich des „Großdeutschen Reichs“ herauszubringen. In Großbritannien wurden sie von Pflegefamilien, Heimen und karitativen Einrichtungen aufgenommen. Viele von ihnen sahen die Familienmitglieder, die sie hatten zurücklassen müssen, nicht wieder.

---

(v. li.) Autorin von „Vergiss nie, dass du ein jüdisches Kind bist“ Anna Wexberg-Kubesch, Vizepräsidentin der IKG Claudia Prutscher, Sachwalterin der Ausstellung „Für das Kind“ Mili Segal, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Moderatorin Barbara Serloth

## Entwurzelung als nachwirkendes Trauma

Serloth diskutierte in weiterer Folge mit zwei Wissenschaftlerinnen auf dem Gebiet der Erinnerungskultur. Anna Wexberg-Kubesch und Milli Segal berichteten über ihre Erfahrungen mit Menschen, die als Kinder vor den Nationalsozialisten gerettet werden konnten. Die Erfahrung der „Kindertransporte“ hat demnach bei aller Unterschiedlichkeit der Einzelschicksale eine Gruppenidentität geschaffen. Bis heute bezeichnen sich die Menschen, deren Flucht auf diese Weise organisiert wurde, als „Kinder“. Segal erinnerte daran, dass nicht nur die Entwurzelung der Flucht eine prägende und nachwirkende Erfahrung war. Die Kinder hätten bereits vorher traumatische Erfahrungen durchmachen müssen. Sie waren Leidtragende des NS-Terrors und erlebten, wie sich praktisch über Nacht ihnen nahestehende Menschen von ihnen abwandten. Wexberg-Kubesch meinte, eine Rückkehr nach Österreich hätte 1945 vermutlich nur für Einzelne eine Option dargestellt, da die Kinder nach sieben Jahren in Großbritannien bereits in ihre neue Heimat integriert waren. Österreich hätte aber den Überlebenden gegenüber sehr viel früher ein Angebot als alte Heimat machen sollen, meinte sie. Hier sei vieles versäumt

worden, das nun nicht mehr nachgeholt werden könne.

Mit Blick auf die Gegenwart thematisierte Bunderatspräsidentin Schumann die Verantwortung von Politik und Zivilgesellschaft im Umgang mit der Vergangenheit. Dem weltweit zu beobachtenden Wiedererstarken des Antisemitismus dürfe



keinesfalls mit Wegschauen und Verharmlosung begegnet werden, sondern man müsse ihm aktiv entgegenreten, mahnte die Bundesratspräsidentin. Man riskiere sonst, dass demokratiefeindliche Kräfte den Diskurs und das kollektive Gedächtnis in ihrem Sinne manipulieren können. Eine solche Relativierung und Verleugnung der Vergangenheit nicht zu-

zulassen, das schulde man auch den aus Österreich geflüchteten Kindern.



# Regional und international: Der vernetzte Bundesrat

Im Rahmen ihres Vorsitzes traf Bundesratspräsidentin Korinna Schumann zahlreiche österreichische und internationale Politikerinnen und Politiker. Dank des länderübergreifenden Austausches kann das Netzwerk des Bundesrates gestärkt und erweitert werden.







4



5



6



7

- 1) Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten
- 2) (v. li.) Bundesratsvizepräsident Bernhard Hirczy, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und Bundesratsvizepräsident Günther Novak
- 3) Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures, Wiener Landeshauptmann Michael Ludwig und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann
- 4) Der ukrainische Botschafter Wassyl Chymynez und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann
- 5) Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin Katja Kipping und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann
- 6) Interimistische Präsidentin des rumänischen Senats Alina-Ştefania Gorghiu und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann



8

- 7) Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und Delegationsmitglieder mit dem französischen Senator François Bonhomme
- 8) Präsident des Bundesrates und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Peter Tschentscher und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann

# Bundesrat zu Besuch in Deutschland

Von 22. bis 25. November 2022 begab sich Bundesratspräsidentin Korinna Schumann in Begleitung einer Delegation der Länderkammer auf einen offiziellen Besuch nach Deutschland. Während des Aufenthalts wurden verschiedene politische Veranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Politik besucht.

Anlässlich der Vorsitzübernahme durch Hamburg im Deutschen Bundesrat führte Schumann Gespräche mit dem Präsidenten des Bundesrates und Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Peter Tschentscher, und wohnte dessen Antrittsrede im Rahmen einer Plenarsitzung bei. Die Delegation bestand neben der Bundesratspräsidentin aus Vizepräsident Günther Novak sowie den Mandatarinnen und Mandataren Karl Bader, Elisabeth Grimling und Claudia Hauschildt-Buschberger.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Schumann und ihrem deutschen Amtskollegen stand das Thema der Hamburger Bundesratspräsidentschaft: „Horizonte öffnen“. „Die Hamburger Bundesratspräsidentschaft steht für die Vielfalt einer progressiven Metropole und für den sozialen Zusammenhalt. Das Motto der

Präsidentschaft ist ein Zeichen dafür, wie wichtig Mut und Zuversicht sind, um die großen Themen unserer Zeit anzugehen“, sagte die Bundesratspräsidentin.

Weitere Themen des Austausches waren die Prozesse des Wandels in der Gesellschaft sowie Armutsbekämpfung und soziale Absicherung in Zeiten von Rekordteuerung und Inflation. Beide sprachen sich zudem für eine weitere Vertiefung der guten Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland aus und lobten die erfolgreiche Kooperation von Hamburg und Wien.

## **Schumann: Austausch über Fragen der Krisenbekämpfung wichtig**

Weitere Programmpunkte des mehrtägigen Besuchs in Hamburg und Berlin waren unter anderem Treffen mit der Vize-

präsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau, mit der Ministerpräsidentin und dem Ministerpräsidenten des Saarlandes und Schleswig-Holsteins, Anke Rehlinger und Daniel Günther, sowie mit den Mitgliedern der deutsch-österreichischen Parlamentarier:innengruppe im Deutschen Bundestag unter dem Vorsitz von Josef Rief.

Begonnen hatte die österreichische Delegation ihren Aufenthalt in Hamburg, wo neben den politischen Gesprächen mit dem Bürgermeister der Besuch einer Werft im Hafen sowie der Elbphilharmonie absolviert wurde. In Berlin fanden zudem ein Austausch mit Senatorin Katja Kipping und die Besichtigung des „Global Village“ statt, in dem etwa 50 entwicklungspolitische und migran-

tisch-diasporische Vereine und Initiativen zu unterschiedlichen Themen globaler Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Diversität arbeiten.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftsbeziehungen sowie der Maßnahmen der Krisenbekämpfung Deutschlands und Österreichs. „Deutschland ist nicht nur einer unserer wichtigsten Handelspartner, sondern muss ähnliche Herausforderungen bewältigen, wie sie auch in Österreich bestehen. Umso mehr ist in Fragen der Krisenbekämpfung, der Arbeitsmarktpolitik und der Energiepolitik ein informativer und wertschätzender Austausch von großer Bedeutung“, resümierte Bundesratspräsidentin Schumann.



(v. li.) Österreichischer Botschafter in Deutschland Michael Linhart, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann, Bundesratsvizepräsident Günther Novak, Bundesrätin Elisabeth Grimling

# Starker Staat als Sicherheitsnetz in Krisenzeiten

In der letzten Sitzung des Bundesrates unter Wiener Vorsitz blickte Bundesratspräsidentin Schumann auf die sechsmonatige Präsidentschaft zurück, die viele globale Herausforderungen mit sich brachte und die Wichtigkeit eines starken Staats als Sicherheitsnetz aufzeigte.

Die letzte parlamentarische Sitzung im Ausweichquartier war gleichzeitig die letzte Sitzung des Bundesrates unter Wiener Vorsitz. Bundesratspräsidentin Schumann blickte in ihrer Abschiedsrede auf ihre Präsidentschaft im vergangenen halben Jahr zurück und zeigte sich voller Vorfreude auf die Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes, in dem der Bundesrat wieder seinen eigenen Sitzungssaal haben werde.

Das zweite Halbjahr 2022 sei von globalen Diskontinuitäten gekennzeichnet gewesen, die für viele Menschen leidvolle Brüche mit Bewährtem mit sich gebracht hätten, sagte Schumann. Es handle sich um eine Zeit großer, sich überlagernder Krisen – von der Teuerung über den Krieg in der Ukraine bis zur andauernden Gesundheitskrise. Schumann zeigte sich überzeugt, dass gerade in diesen Zeiten

der Staat ein Sicherheitsnetz biete. Öffentliche Strukturen seien die richtigen Instrumente, um Antworten auf neue Fragestellungen und Sorgen der Menschen zu finden, so Schumann.

Das Motto ihrer Präsidentschaft „Verlässliche öffentliche Strukturen als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ hätte nicht passender gewählt sein können, sagte Schumann und fügte ein „leider“ hinzu. Denn gerade in Krisen sei es wichtig, dass der Staat Lösungen erarbeite, niemanden zurücklasse und gleichzeitig vorausschauend handle und Zukunft gestalte. Sie habe in ihrer Präsidentschaft deshalb den starken Staat mehrmals in den Fokus gerückt, betonte Schumann mit Blick auf die Enquete des Bundesrates und weitere Veranstaltungen. Ihre Heimatstadt Wien erachte sie im Kontext gestaltender, öffentlicher Strukturen als

ideales Vorbild. Insbesondere für junge Menschen würden Städte zahlreiche Anreize für ein attraktives Leben bieten. Schumann betonte, der Bundesrat als Zukunftskammer des Parlaments müsse den Interessen der jungen Menschen einen wichtigen Platz einräumen.

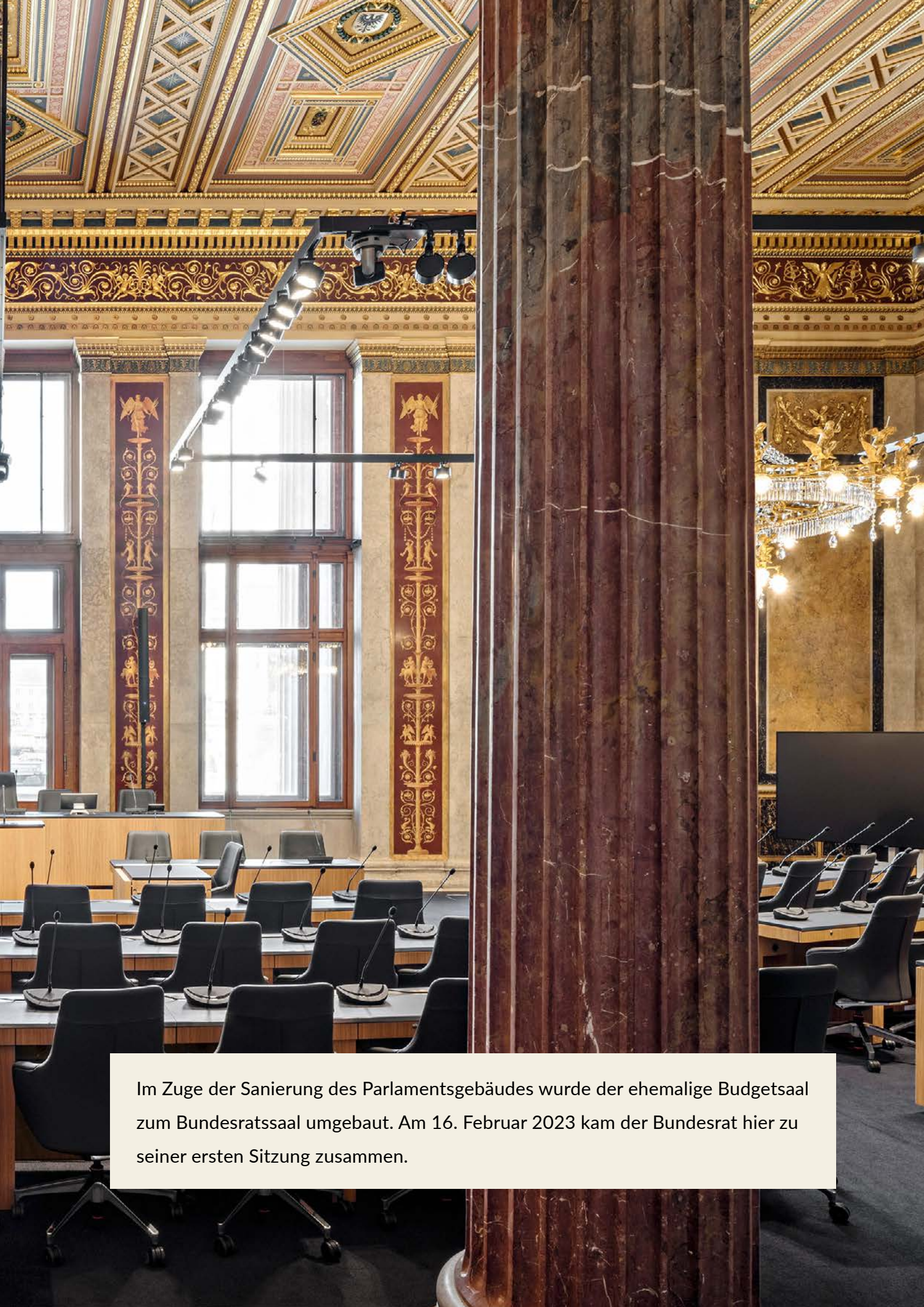
Weiters sehe sie es als kollektive Pflicht des Parlaments, öffentlich gegen jede Form der Diskriminierung aufzutreten und den gesellschaftlichen Kurs dahingehend zu prägen, sagte die Bundesratspräsidentin. Denn die Politik habe die Aufgabe, bei Schiefen einzugreifen und zu handeln. Schumann betonte dies besonders mit Blick auf die Situation der Frauen. Die bestehende Gehalts- und

Pensionsschere sei ein mehr als deutlicher Auftrag, Maßnahmen zu setzen, etwa durch den Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Der Bundesrat als Länderkammer bringe die Interessen der Bundesländer ins Herz der Demokratie, ins Parlament. Bei allen Unterschieden verbinde die Mitglieder des Bundesrates über die Fraktionsgrenzen hinweg der Wille zur Stärkung der Länderkammer als Institution, so die Vorsitzende. Für sie seien die vergangenen sechs Monate vor allem Auftrag und eine große Ehre gewesen. Schumann wünschte ihrem Nachfolger Günter Kovacs aus dem Burgenland viel Erfolg für seine Präsidentschaft.







Im Zuge der Sanierung des Parlamentsgebäudes wurde der ehemalige Budgetsaal zum Bundesratssaal umgebaut. Am 16. Februar 2023 kam der Bundesrat hier zu seiner ersten Sitzung zusammen.







# Fokus auf Pflege und Gesundheit

Am 1. Jänner 2023 übernahm der Burgenländer Günter Kovacs für ein halbes Jahr den Vorsitz im Bundesrat. Seine Präsidentschaft stand unter dem Motto: Pflege und Gesundheit leistbar, qualitativ und wohnortnah sicherstellen.

Es sei eine enorme Herausforderung eine leistbare, qualitative und wohnortnahe Versorgung der Menschen in den Bereichen Pflege und Gesundheit sicherzustellen, betonte Kovacs anlässlich seiner Vorsitzübernahme im Bundesrat. Sein Ziel sei es daher, die Themen Pflege und Gesundheit noch stärker in den Fokus zu rücken.

Im Bereich der Pflege sprach sich Kovacs für innovative und nachhaltige Konzepte sowie für einen österreichweiten Zukunftsplan aus, der echte Lösungen für die Betroffenen und ihre Familien beinhalte. Auch zur Absicherung der Gesundheitsversorgung seien neue Modelle und Initiativen besonders für den ländlichen Raum erforderlich, betonte er. Pflegebedürftige Menschen müssten sich darauf verlassen können, dass sie die bestmögliche Pflege bekommen. Auch sei

die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum eine große Herausforderung. Es brauche genügend Ärztinnen und Ärzte, sowohl im stationären als auch im niedergelassenen Bereich.

In seiner Antrittsrede strich Kovacs in diesem Zusammenhang die Bedeutung starker Länder und eines starken Bundesrates als Stimme für die Länder und für die Menschen hervor. Der Föderalismus sei Garant dafür, dass keine Region zurückgelassen werde, zeigte er sich überzeugt. Politik funktioniere zudem besser, wenn man nahe bei den Menschen sei und wisse, „wo wirklich der Schuh drückt“, fuhr Kovacs fort. Gerade in Krisenzeiten seien Empathie und Menschlichkeit gefragt. Angesichts steigender Mieten und Energiepreise dürfe sich die Politik „nicht verstecken“ und müsse „vom Reden ins Tun kommen“, zeigte sich Kovacs überzeugt.

## **Fokus auf Wiedereröffnung des historischen Parlamentsgebäudes**

Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaft folgte aus der Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes. Es sei erfreulich, dass bei der Generalsanierung des Parlamentsgebäudes auch einer weiteren Öffnung des Hauses Rechnung getragen wurde, lobte Kovacs. Es sei wichtig, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen Österreichs gestärkt werde. Das gelte ganz besonders für den zentralen Ort der Demokratie, das Parlament, sagte Kovacs weiter.

Seine Antrittsrede hielt Kovacs schon im sanierten Parlamentsgebäude. Dabei kün-

digte er bereits die geplante parlamentarische Enquete an, die – im Einklang mit dem Präsidentschaftsmotto Pflege und Gesundheit leistbar, qualitativ und wohnortnah sicherstellen – die Zukunftsmodelle im Pflegebereich beleuchten werde.

Seine Rede nahm er auch zum Anlass, um seiner Vorgängerin Korinna Schumann, für die engagierte Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022 sehr herzlich zu danken. Er werde in seiner Vorsitzführung das Miteinander, das für die Lösung großer und schwieriger Aufgaben erforderlich ist, in den Vordergrund rücken, versicherte Kovacs.



# Antrittsrede

## Bundesratspräsident Günter Kovacs

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!  
Frau Vizepräsidentin! Herr Vizepräsident!  
Geschätzte Bundesrätinnen und Bundesräte! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lange vor dem Antritt meiner Präsidentschaft war mir klar: Das wird eine ganz besondere Vorsitzperiode – mit der Eröffnung des Parlamentsgebäudes, des neuen Bundesratssitzungssaals, mit den vielen Aktivitäten rund um diese Eröffnung und mit der Angelobung des Herrn Bundespräsidenten vor drei Wochen.

Ungewöhnlich ist es auch, dass ich den Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, innerhalb weniger Wochen bereits zum zweiten Mal hier in der Länderkammer begrüßen darf, was mich besonders freut.

Herr Landeshauptmann, noch einmal: Herzlich willkommen! Danke, dass du heute hier bist und deine Erklärung als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz abgeben wirst. Ich hoffe doch sehr,

dass es in nächster Zeit noch weitere Gelegenheiten geben wird, dich hier im Parlament begrüßen zu dürfen.

Auch die kommenden Wochen und Monate werden eine sehr intensive Zeit, und das ist auch gut so, denn das zeigt, dass der Bundesrat ein aktiver Bundesrat ist, das zeigt, dass der Bundesrat – mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen – einen sehr hohen Stellenwert hat. Liebe Bundesrätinnen und Bundesräte, herzlichen Dank!

Mein besonderer Dank gilt auch meiner Vorgängerin Korinna Schumann, die im vergangenen Halbjahr für Wien die Bundesratspräsidentschaft ausgeübt hat. – Liebe Korinna, ich danke dir für die wertschätzende und gute Zusammenarbeit bei der Übergabe der Präsidentschaft und auch darüber hinaus. Danke für eine Präsidentschaft, die von großem Engagement und Einsatz geprägt war. Herzlichen Dank!

Das Ziel von Korinna Schumann war es, den Bundesrat zu stärken. Dem möchte

ich voll und ganz beipflichten, denn der Stellenwert des Bundesrates, die Aktivitäten des Bundesrates, sein Wirken geben auch eindrucksvoll Antwort auf Fragen, die immer wieder zu den Aufgaben und Kompetenzen der Länderkammer gestellt werden.

Manche Zentralisten gehen auch so weit, den Bundesrat insgesamt infrage zu stellen. Manche reden von einer Zusammenlegung von Ländern und überhaupt vom Ende des Föderalismus in Österreich. Dieser Meinung kann man ja durchaus sein, es wird Sie aber nicht überraschen,

dass ich als Präsident und Mitglied des Bundesrates anderer Meinung bin. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um diese Meinung auch zu begründen.

Meine Damen und Herren, ich war Vizebürgermeister von Eisenstadt, ich war lange im Gemeinderat, bin jetzt momentan im Gemeinderat in Eisenstadt, ich war Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag, und diese Funktionen auf kommunaler und auch auf Länderebene bringen es mit sich, dass es sehr viele persönliche Begegnungen und Gespräche mit den Menschen vor Ort gibt. Man wird



immer wieder unmittelbar und persönlich angesprochen und mit den Sorgen und Anliegen der Menschen konfrontiert, gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten.

Dann schaut man natürlich, dass man den Menschen hilft, dass man an Lösungen arbeitet, dass Gesetze beschlossen oder geändert werden. Es ist doch das Wesen der Politik und auch unser Auftrag als gewählte Mandatarinnen und Mandatare, dass wir die Lebenssituation von Menschen verbessern. Das funktioniert meiner Meinung nach besser, wenn man die Lebenssituationen kennt, wenn man nahe bei den Menschen ist und weiß, wo wirklich der Schuh drückt.

Beim Thema Föderalismus geht es natürlich auch um die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen, um Arbeitsplätze, um Infrastruktur und um Energie, um Bildung, um Kinderbetreuung, um die medizinische Versorgung, um die Pflege unserer älteren Menschen und um vieles, vieles mehr.

Der Herr Landeshauptmann hat hier am 12. Jänner von „maßgeschneiderten Lösungen“ gesprochen, die der Föderalismus möglich macht. Bei allen Gemeinsamkeiten der Länder gilt: Es gibt in vielen Bereichen andere Strukturen, aber auch andere

Voraussetzungen. Jedes einzelne Bundesland hat seine besonderen Stärken, aber auch seine besonderen Herausforderungen. Daher brauchen wir auch den Föderalismus, daher brauchen wir Subsidiarität, daher brauchen wir auch starke Länder und einen starken Bundesrat als Stimme für die Länder und für die Menschen in allen Regionen Österreichs.

Der Föderalismus ist quasi ein Garant dafür, dass keine Region zurückgelassen wird. Meine Damen und Herren, wir dürfen auch keine Region zurücklassen, wir dürfen auch keine Menschen zurücklassen. Da gibt es in der heutigen Zeit, die von einem schrecklichen Krieg, die von Krisen und Katastrophen geprägt ist, wirklich sehr, sehr vieles zu tun.

Empathie und Menschlichkeit sind gefragt, um dort zu helfen, wo Menschen in Not sind. Empathie und Menschlichkeit sind auch gefragt, wenn sich die Menschen hier bei uns das Leben immer weniger leisten können, wenn Mieten, Strom und Gas so teuer werden, dass sich das mit kleinen Pensionen, mit einem kleinen Einkommen nicht mehr ausgeht, wenn auch der Mittelstand nicht mehr weiß, wie er bei diesen Teuerungen über die Runden kommen soll. Da darf sich die Politik nicht verstecken. Da muss man

vom Reden ins Tun kommen, und die Länder zeigen das vor.

Nicht das einzige, aber ein gutes Beispiel dafür ist das Burgenland, mein Heimatland, wo schon im vergangenen Jahr ein Wärmepreisdeckel beschlossen wurde und der

Herr Landes-  
hauptmann vor  
wenigen Tagen  
auch einen Mietendeckel und  
fixe Tarife für  
Strom und Gas  
vorgestellt hat.  
Das sind Maßnahmen, die bei  
den Menschen  
ankommen. Das  
ist effektive  
Hilfe. Anmerken möchte ich

in diesem Zusammenhang im Übrigen  
auch, wie wichtig es war, damals schon,  
2020, den Mindestlohn einzuführen. Es  
ist eigentlich ganz einfach: Die Menschen  
müssen von dem, was sie verdienen, auch  
leben können.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, gestatten Sie mir, dass ich noch einen Punkt anspreche. Auch bei diesem Punkt geht

es um Menschlichkeit, und das ist auch  
der Schwerpunkt und das Motto meiner  
Präsidentschaft: Pflege und Gesundheit  
leistbar, qualitativ und wohnortnahe  
sicherstellen. Vielen von Ihnen wird die  
Situation in der Pflege entweder aus dem  
eigenen Familienumfeld oder aus Be-

richten bekannt  
sein. Die Pflege  
und die damit verbundene Herausforderung  
sind aus meiner Sicht ein ganz  
großes und wichtiges Thema  
unserer Zeit. Die zuletzt beschlossene  
Pflegereform hat zwar durchaus  
punktuell Verbesserungen gebracht,  
aber ich denke, wir brauchen da noch

**„Jedes einzelne Bundesland hat  
seine besonderen Stärken, aber  
auch seine besonderen Herausforderungen.  
Daher brauchen wir auch  
den Föderalismus, daher brauchen  
wir Subsidiarität, daher brauchen  
wir auch starke Länder und einen  
starken Bundesrat als Stimme für  
die Länder und für die Menschen in  
allen Regionen Österreichs.“**

**Bundesratspräsident Günter Kovacs**

mehr, und auch da sind es die Länder, die  
gute Beispiele dafür liefern, wenn ich zum  
Beispiel an das Pflegepaket des Landes  
Tirol denke, das im Vorjahr beschlossen  
wurde.

Erst vor einer Woche hat der burgenländische  
Landesrat Heinrich Dorner das burgenländische  
Pflegermodell in Brüssel, im Ausschuss der  
Regionen, vorgestellt.



Diese Pflegeinitiative hat fast einhellige Zustimmung gefunden und das ist ein ganz tolles Zeichen, eine wichtige Bestätigung. Denn was brauchen wir? – Wir brauchen ganz einfach nachhaltige Lösungen, Zukunftsmodelle, damit sich pflegebedürftige Menschen darauf verlassen können, dass sie die bestmögliche Pflege bekommen. Wir brauchen nachhaltige Lösungen, auf die sich Familienangehörige auch verlassen können.

Ich darf auch jetzt schon ankündigen, dass ich im Rahmen meiner Präsidentschaft zu einer Enquete einladen werde, die sich mit dem Thema Pflege, mit den

enormen Herausforderungen in diesem Bereich und mit Zukunftsmodellen zum Thema Pflege befassen wird.

Eine ebenso große Herausforderung sind das Gesundheitswesen und die Sicherstellung der medizinischen Versorgung gerade auch im ländlichen Raum. Da sind die Länder immer mehr gefordert, eigene Lösungen zu erarbeiten. Auch da hören wir jeden Tag die Sorgen der Menschen. Daher ist sicherzustellen, dass es im stationären, aber auch im niedergelassenen Bereich genügend Ärztinnen und Ärzte gibt. Jetzt gilt es sicherzustellen, dass es gute Rahmenbedingungen für das Pflege-



personal gibt, das gerade in Zeiten der Pandemie auch Übermenschliches geleistet hat.

Der Herr Landeshauptmann hat bereits angekündigt, dass es bei den Finanzausgleichsverhandlungen nicht nur ums Geld, sondern auch um die Strukturen gehen wird. Das ist auch wesentlich, weil nur dadurch nachhaltige Lösungen geschaffen werden. Es braucht eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung, die wohnortnah und leistbar ist, und keine Zweiklassenmedizin, denn Gesundheit darf nicht das Privileg weniger werden. Eine gute Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen in diesem Land, egal ob sie im urbanen oder im ländlichen Raum leben, auch für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen dauerhaft gewährleistet werden.

Ich bin da aber auch sehr zuversichtlich, dass das Verhandlungsteam der Länder mit Landeshauptmann Doskozil, Bürgermeister Ludwig und den Landeshauptleuten Stelzer und Wallner beim Thema Gesundheit, aber auch bei allen anderen großen Fragen des Finanzausgleichs im Sinne der Bevölkerung sinnvolle, gute und nachhaltige Ergebnisse erzielen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als

wir das Parlament am 12. Jänner eröffnet haben, war viel von einem respektvollen Miteinander in diesem Haus die Rede. Auch ich möchte das natürlich unterstreichen, gerade als Burgenländer, da im Burgenland immer schon das Miteinander gesucht wurde. Ich möchte aber auch betonen, dass gerade im Bundesrat – auch über alle Parteigrenzen hinweg, auch bei unterschiedlichen Standpunkten – eigentlich immer sehr fair miteinander umgegangen wurde. Ich möchte mich dafür bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich bedanken, denn das ist nicht selbstverständlich.

Ich sehe das auch als eine sehr, sehr große Stärke und ich hoffe sehr, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Als Präsident werde ich in diesem Halbjahr auf jeden Fall versuchen, mein Bestes zu tun, um einen positiven Beitrag dazu zu leisten. Ich lade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein, gemeinsam dafür zu arbeiten, dass der Bundesrat – eine Säule der Demokratie – weiterhin gestärkt wird, dass der Bundesrat durch sein Wirken weiterhin einen Beitrag zur positiven Entwicklung Österreichs, der Bundesländer und der Menschen in unserem Land leistet. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Danke schön.

# Ansprache von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

In seiner Ansprache vor dem Bundesrat anlässlich der Vorsitzübernahme des Burgenlands ging Landeshauptmann Hans Peter Doskozil auf die Bedeutung des Föderalismus ein und sprach sich für die Notwendigkeit einer bürger:innennahen Politik im Gesundheitsbereich, im Bildungswesen und bei der Pflege aus.

Gerade in Krisenzeiten müssten die Gebietskörperschaften durch ihr Zusammenwirken Sicherheit geben, betonte Doskozil in seiner Rede. Besonders im Gesundheitswesen sei im Rahmen des Finanzausgleichs eine Finanzierungssicherheit für ganz Österreich zu erreichen, die den föderalen Strukturen gerecht werde.

Vor dem Hintergrund der Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern erteilte Landeshauptmann Doskozil einer Kompetenzverschiebung bei den Spitälern eine Absage. Österreichs „wohnortnahe Spitalsstruktur“ sei in Gefahr, wenn der Bund die Zuständigkeit für die Krankenhäuser erhielte, weil Kleinstspitäler dann aus ökonomischen Gründen geschlossen würden. Ziel des Finanzausgleichs sei jedoch, ein System zu schaffen, das ein hochqualitatives Gesundheitssystem bundesweit sicherstelle, so Doskozil.

## **Krisenbewältigung nur gemeinsam zu schaffen**

Diverse Krisen, von der die Welt und damit auch Österreich seit der Finanzkrise 2008 heimgesucht worden seien, würden das Leben der Menschen „nicht mehr planbar“ machen. Daher sei es „Aufgabe der Politik“ in ihrer Vorbildfunktion, den Menschen eine positive Aussicht für die Zukunft zu geben. Deutlich mahnte er das Vorleben eines respektvollen Miteinanders auch zwischen den Bundesländern ein und warb dafür, sich über gute Lösungen im gegenseitigen Verständnis auszutauschen.

Wie respektvoll sich der Umgang miteinander gestalten sollte, zeige der Finanzausgleich, weil dabei die Aufteilung der Steuermittel neu diskutiert werde. Am Beispiel der Schulverwaltung führte Doskozil aus, wie



Bund und Länder zusammenarbeiten, indem bundesgesetzliche Bildungsgrundsätze und Finanzierungsmaßstäbe den Ländern den für sie nötigen Spielraum lassen, selbständig Maßnahmen zu setzen.

Auch im Bereich der Pflege seien ein föderaler Vollzug und die Zuständigkeit der Länder fraglos wichtig, fuhr Doskozil fort. Schon um die weitere Ausdünnung der ländlichen Strukturen zu verhindern, wolle das Burgenland zusätzliche Pflegestützpunkte errichten. Ziel sei, die kleinteilig organisierte, dezentrale Pflegestruktur des Burgenlands zu erhalten. Die 2018 erfolgte Abschaffung des Pflegeregresses begrüßte der Landeshauptmann in seiner Rede.

Burgenlands Landespolitik sorgte im Plenum des Bundesrates für eine angeregte Debatte. Während die SPÖ die Landespolitik mit ihren eigenständigen Wegen als Vorbild für ganz Österreich lobte, kritisierte die ÖVP landesgesetzliche Maßnahmen, die der Wirtschaft schaden würden. Grüne und NEOS orteten Schwachstellen im landesgesetzlich gesteuerten Gesundheits- und Pflegewesen, die FPÖ verurteilte vor allem den Einfluss der EU auf alle Politikfelder in Österreich. Dennoch klang bei sämtlichen Redebeiträgen der Wunsch durch, gemeinsam für das Land zu arbeiten.

# Festakt zur Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes

Mit einem großen Festakt wurde am 12. Jänner 2023 das generalsanierte Parlamentsgebäude eröffnet. Bundesratspräsident Günter Kovacs begrüßte die weitere Öffnung des Hauses und bezeichnete die Sanierung – auch im Gedenken an die frühere Nationalratspräsidentin Barbara Prammer – als ein „klares Signal für den Parlamentarismus“.

Neben den Spitzen der österreichischen Politik, allen voran Bundespräsident Alexander Van der Bellen, waren zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland zum Festakt anlässlich der Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes eingeladen, das nach fünf Jahren Renovierungsarbeiten erstmals wieder seine Tore öffnete. Alle Rednerinnen und Redner wiesen in ihren Ansprachen auf die Notwendigkeit eines respektvollen Miteinanders hin und setzten sich für die Stärkung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen ein.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka äußerte in seiner Ansprache den Wunsch, dass sich alle von der Wirkung des Hauses im politischen Agieren leiten und begleiten lassen. Es sei notwendiger denn je, dass „unser Denken, Reden und Handeln von gegenseitigem Respekt“ und Wertschätzung geprägt seien, betonte er.

Die Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures gab zu bedenken, dass es nach der Sanierung des Parlamentsgebäudes umso mehr um die „Sanierung des Vertrauens in die Demokratie und ihre Institutionen“ gehen müsse. Sie sprach sich für mehr Empathie und Respekt sowie die Achtung der Meinungsvielfalt aus.

**„Seien wir gemeinsam stolz darauf, wie sich dieses Österreich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat, und tun wir alles, damit das Vertrauen in die Demokratie gestärkt wird, als Basis für die Zukunft unseres Landes.“**

Bundesratspräsident Günter Kovacs



Der Dritte Präsident des Nationalrates Norbert Hofer sprach davon, das Parlament nicht nur als Ort der Demokratie, sondern auch als „Kern des Diskurses“ neu zu eröffnen. An einem so wichtigen Tag solle nicht vergessen werden, dass es im Parlament um das aufmerksame Zuhören gehe, mahnte er ein.

### **Kovacs sieht Notwendigkeit für respektvollen Diskurs und Politik auf Augenhöhe**

Die frühere Nationalratspräsidentin Barbara Prammer habe einen wesentlichen Anteil daran gehabt, dass im Jahr 2014 ein gemeinsamer Beschluss aller Fraktionen

zur Sanierung des historischen Baus von Theophil Hansen zustande gekommen sei, erinnerte Bundesratspräsident Günter Kovacs in seiner Eröffnungsrede. Er wünsche sich, dass das damit verbundene klare „Signal für den Parlamentarismus“ auch von der Veranstaltung anlässlich der Wiedereröffnung und allen damit verbundenen Aktivitäten ausgehen werde.

Da der Beginn des Vorhabens im „Geiste des Miteinanders“ stand, sei zu hoffen, dass dieser Geist nachwirke und zu einem respektvollen Diskurs in diesem Haus beitragen werde. Wichtig sei aber auch eine Politik auf Augenhöhe, war Kovacs überzeugt, der mit dem Blick auf die zahl-



reichen Krisen vom Krieg in der Ukraine bis hin zu den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie daran appellierte, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Nur dadurch könne das laut aktuellen Umfragen gesunkene Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie wieder gestärkt werden.

Positive Beispiele dafür könnten laut Kovacs die Länder und Gemeinden sein, da es die große Stärke kleiner Einheiten sei, nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein. Eine wichtige Rolle spiele

zudem der Bundesrat, der an der Gesetzgebung mitwirke und ein verfassungsrechtlich verankertes Korrektiv darstelle. Die Länderkammer setze zudem immer wieder Initiativen über Parteigrenzen hinweg, die im Interesse aller Menschen liegen. Besonders erfreulich sei, dass im Zuge der Generalsanierung auch der weiteren Öffnung des Hauses Rechnung getragen wurde und dass die Bürgerinnen und Bürger noch besser am parlamentarischen Geschehen teilhaben können. Dies gelte nicht nur für das neue Zentrum für



Besucherinnen und Besucher, sondern auch für die Tage der offenen Tür sowie für die mobile Ausstellung „Parlament on Tour“, die, so kündigte Kovacs bereits an, im Burgenland als erstem Bundesland Station machen werde.

### **Festredner Wolfgang Schäuble erörterte Gründe für Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie**

Als ein „Fest des Parlamentarismus, ein Fest der Demokratie“ bezeichnete Wolf-

gang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages a. D., die Wiedereröffnung des historischen Parlamentsgebäudes in seiner Festrede. In diesem Haus finde die repräsentative Demokratie ein stolzes Zuhause, sagte Schäuble. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie, das im Parlamentarismus seinen Ausdruck finde, sei allerdings derzeit in einer schweren Vertrauenskrise, konstatierte der Festredner. In seinen Ausführungen ging er den Gründen für diese Entwicklung nach und versuchte, Wege aufzuzeigen, wie die parlamentarische Debatte wieder einen angemessenen Stellenwert erhalten könne.

Auf die Festrede von Wolfgang Schäuble folgte ein Gespräch mit den Klubvorsitzenden aller Parlamentsfraktionen.

Beschlossen wurde der Festakt zur Wiedereröffnung des Parlaments mit der Intonierung der Bundeshymne und der Europahymne, wobei die Wiener Philharmoniker von den Wiener Sängerknaben und den Wiener Chormädchen unterstützt wurden.



Der Festakt zur Eröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes kann in der Mediathek nachgesehen werden.

# Angelobung des Bundespräsidenten im Parlament

Am 26. Jänner 2023 wurde Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Bundesversammlungssaal des wiedereröffneten Parlamentsgebäudes für eine zweite Amtsperiode angelobt. Bundesratspräsident Günter Kovacs hielt anlässlich der Angelobung eine Rede vor der Bundesversammlung.

Die Angelobung Van der Bellens zu seiner zweiten Amtsperiode als Bundespräsident war der erste Anlass, zu der die Bundesversammlung im restaurierten Bundesversammlungssaal zusammenkam.

Den Vorsitz der Bundesversammlung führte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Er gratulierte Van der Bellen zu dessen Wiederwahl und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Parlament während der sechs Jahre seiner ersten Amtszeit. Das, was Van der Bellen bereits bei der Angelobung zu seiner ersten Amtszeit ansprach, habe auch heute noch volle Aktualität, so Sobotka. Durch multiple Krisen seien die gesellschaftlichen Her-

ausforderungen noch deutlicher zutage getreten. Der Bundespräsident habe in diesen neuartigen Situationen, die die Welt noch nie erlebt hat, einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, in Österreich Stabilität zu gewährleisten, sagte er.

Ein Zeichen für Stabilität, Kontinuität und Sicherheit sah Bundesratspräsident Günter Kovacs in der Angelobung Alexander

**„Das Herzstück der liberalen Demokratie ist also das Finden einer gemeinsamen Lösung.“**

**Bundespräsident  
Alexander Van der Bellen**

Van der Bellens zu seiner zweiten Amtsperiode als Bundespräsident. Vor der zu diesem Zweck zusammengetretenen 19. Bundesver-

sammlung sprach er über die Bedeutung von politischem Gestaltungswillen in krisenhaften Zeiten, dem Wert der Demokratie als Grundlage von Freiheit und





Selbstbestimmung und der Rolle des Bundespräsidenten in der Festigung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen.

### **Van der Bellen: Demokratie lebt von Kompromissen**

Das wiedergewählte Staatsoberhaupt legte in seiner Rede vor der Bundesversammlung ein Bekenntnis zu liberaler Demokratie und Menschenrechten ab. Die Klimakatastrophe und den Krieg in der Ukraine nannte Van der Bellen als wesentliche Herausforderungen, die es gemeinsam mit den europäischen Partnern zu überwinden gelte. „Die Europäische Vereinigung ist die beste Idee, die wir je hatten“, betonte der Bundespräsident. Er mahnte auch die Verantwortung von Politik und Medien ein, an einer positiven Zukunftsstimmung in der Gesellschaft zu arbeiten, die es trotz aller Krisen zu bewahren gelte. Das könne dann gelingen, wenn „wir unsere Demokratie hochhalten und verteidigen“, zeigte sich Van der Bellen überzeugt. Ein zentraler Baustein der Demokratie sei der Kompromiss, „das Finden einer gemeinsamen Lösung“, führte er weiter aus. Der Politik komme dabei die Aufgabe zu, den Menschen Orientierung zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit „Bürgerinnen und

Bürger selbstverantwortlich agieren und sich entfalten können“.

### **Kovacs: Zusammenhalt gegen die Krisen der Zeit**

Bundesratspräsident Günter Kovacs sprach in seiner Rede vor der Bundesversammlung von einem besonderen „Tag für die Demokratie in Österreich“. Nachdem zwei Wochen zuvor beide Kammern des Parlaments wieder an den „zentralen Ort der Demokratie“ zurückgekehrt seien, könne nun auch die Angelobung des wiedergewählten Bundespräsidenten wieder im „beeindruckenden Historischen Sitzungssaal“ der Bundesversammlung stattfinden, zeigte sich Kovacs erfreut. Der damit vollzogene Beginn der zweiten Amtszeit Alexander Van der Bellens bedeute für die Republik Stabilität, Sicherheit und Kontinuität. Er stehe für Umsicht an der Staatsspitze sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit den mannigfaltigen Herausforderungen der Zeit.

Die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, die gegenwärtige Teuerung sowie der Reformbedarf beim Schwerpunktthema während seiner Präsidentschaft in der Länderkammer – dem Gesundheits- und Pflegebereich – verlangten nach politischem Gestaltungs-

willen, erklärte Kovacs. Es brauche einen „starken Staat“, der den Bürgerinnen und Bürgern in krisenhaften Zeiten Sicherheit geben und für ein leistbares Leben auch für Menschen mit geringem Einkommen sorgen müsse. Um die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen und den sozialen Frieden zu sichern, brauche es vor allem Zusammenhalt, rekurierte Kovacs auf Van der Bellens Rede bei seiner Angelobung vor sechs Jahren.

In dieser Rede habe der Bundespräsident auch von bevorstehenden „schwierigen Zeiten“ gesprochen, womit er recht behalten habe, wie Kovacs bedauerte. Weder die Pandemie noch der Ukrainekrieg mit seinen verheerenden Folgen seien damals vorhersehbar gewesen.

### **„Demokratie der Nähe“ und Van der Bellen als Vorbild**

Schließlich gebe es auch Anzeichen für eine Krise des demokratischen Systems, die ernst zu nehmen seien, fuhr Kovacs fort. Gegenüber Versuchen, das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen zu untergraben, sei Wachsamkeit geboten. Doch es liege an den Repräsentantinnen und Repräsentanten dieser Institutionen selbst, die richtigen Schlüs-

se aus dem Unmut zu ziehen und somit das Vertrauen wieder zu stärken, führte Kovacs aus. Es stehe nicht weniger auf dem Spiel als die Freiheit jedes Einzelnen.

Glaubwürdigkeit, Integrität, Transparenz in den Entscheidungen, ein respektvoller Umgang miteinander sowie ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen seien Bestandteile einer „Demokratie der Nähe“, wie sie in den Ländern und Gemeinden bereits praktiziert werde. Bundespräsident Alexander Van der Bellen könne als Vorbild in der Verkörperung dieser Prinzipien betrachtet werden, sagte Kovacs weiter. In „stürmischen Zeiten“ gebe er Österreich festen Halt, womit die aktuellen Krisen bewältigbar würden und die Menschen mit Hoffnung in die Zukunft blicken könnten.



Die 19. Bundesversammlung zur Angelobung von Alexander Van der Bellen ist als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar.

# Tage der offenen Tür im sanierten Parlamentsgebäude

An zwei Tagen der offenen Tür hatten Interessierte erstmals die Möglichkeit, das sanierte Parlamentsgebäude aus nächster Nähe zu betrachten. Auch der neue Bundesratssaal war Teil des Besichtigungsprogramms, worüber sich Bundesratspräsident Günter Kovacs besonders erfreut zeigte.

Über fünf Jahre war das historische Parlamentsgebäude aufgrund seiner Sanierung für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Entsprechend groß war der Andrang der Besucherinnen und Besucher, als das Hohe Haus am 14. und 15. Jänner 2023 erstmals wieder seine Tore öffnete. Bei

einem Rundgang durch das Gebäude gab es die Gelegenheit, die rundum erneuerten Sitzungssäle des Nationalrates und des Bundesrates und andere Räumlichkeiten des Hohen Hauses in Augenschein zu nehmen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite National-



ratspräsidentin Doris Bures, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer, Bundesratspräsident Günter Kovacs und Parlamentsdirektor Harald Dossi hießen die Gäste willkommen.

### **Parlamentsspitze: Parlament ist offenes Haus für alle Bürger:innen**

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hob die Rolle des Parlaments als Ort des Dialogs mit Bürgerinnen und Bürgern hervor: „Das historische Parlamentsgebäude spiegelt die Geschichte unseres Landes wie kaum eine andere Institution wider. Es stellt das traditionsreiche Zentrum unserer Demokratie dar. Das Hohe Haus ist aber nicht nur das Zentrum der Gesetzgebung, sondern vor allem ein Ort der Wissensvermittlung und des Dialogs. Mit der Wiedereröffnung ermöglichen wir umfassende Einblicke in das politische Geschehen und stärken das Parlament als unverkennbares Symbol einer lebendigen Demokratie.“

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures betonte ebenfalls, dass die Offenheit des Hauses von großer Wichtigkeit sei. Beim modernisierten Parlamentsgebäude handle es sich um „ein modernes und barrierefreies Arbeitsparlament, das – nicht nur heute – offen sein soll

für die österreichische Bevölkerung und hoffentlich auch zu einer neuen Qualität des parlamentarischen Diskurses führen wird. Also einerseits ein ‚Hohes Haus‘ der Demokratie und gleichzeitig ein Haus des Volkes“, so Bures.

Auch Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer verwies auf die Bedeutung des Parlaments als Haus der Bürgerinnen und Bürger: „Das Parlament ist die Brücke zwischen dem Souverän und der Exekutive. Mit großer Freude können wir an diesem Wochenende nach fünf Jahren Sanierung die Pforten des sanierten Parlamentsgebäudes öffnen und es letztlich nicht der Politik, sondern dem Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern, übergeben.“

Parlamentsdirektor Harald Dossi zeigte auf, dass die Öffnung des Hauses zentrales Ziel der Sanierung war. „Wie bereits zu Beginn des Projekts – damals noch unter der Präsidentschaft von Barbara Prammer – vorgesehen wurde das Gebäude durch die Sanierung nicht nur zu einem modernen Arbeitsplatz für alle am parlamentarischen Geschehen Beteiligten, sondern insbesondere auch zu einem offenen Haus, einem Haus der Bürgerinnen und Bürger“, so der Parlamentsdirektor.

## **Kovacs: Vielfältige Möglichkeiten für Besucherinnen und Besucher**

Bundesratspräsident Günter Kovacs wies auf die vielfältigen neuen Möglichkeiten für Besucherinnen und Besucher hin: „Im Zuge der Generalsanierung des historischen Parlamentsgebäudes hat die weitere Öffnung des Hauses, des zentralen Orts der Demokratie in Österreich, eine große Rolle gespielt. Besucherinnen und Besucher haben noch mehr Möglichkeiten, am parlamentarischen Leben teilzuhaben. Auch die Tage der offenen Tür im wiedereröffneten Parlamentsgebäude stehen ganz im Zeichen dieser Öffnung, womit Demokratie und Parlamentarismus sowie damit verbundene Werte vermittelt werden können“, so Kovacs.

## **Rundgang durch das Hohe Haus mit vielen Highlights**

Auf ihrer Erkundungstour durch das Parlamentsgebäude konnten die Besucherinnen und Besucher die Sitzungssäle von Nationalrat, Bundesrat und Bundesversammlung ebenso besichtigen wie die Amtsräume der Präsidentinnen und Präsidenten von Nationalrat und Bundesrat. In der Säulenhalle gab es die Möglichkeit, mit Vertreterinnen und Vertretern aller Parlamentsfraktionen zusammenzutref-

fen. Anschließend führte der Rundgang durch das Plenarium unter der neu errichteten Glaskuppel, wo ein speziell angefertigtes Philatelie-Set der Österreichischen Post AG und die 5-Euro-Demokratiemünze der Münze Österreich AG angeboten werden. Im Erdgeschoß wartete neben dem neu errichteten (Untersuchungs-)Ausschusslokal und der Bibliothek ein weiteres Highlight: das neue Besucher:innenzentrum „Demokratikum – Erlebnis Parlament“.

Im neuen Bundesratssaal griff der Bundesratspräsident sogar selbst zum Mikrofon, um die Besucherinnen und Besucher über die Arbeit des Bundesrates zu informieren. Er sei stolz auf die neuen Räumlichkeiten, unterstrich Kovacs. Für ihn sei der Budgetsaal – abgesehen vom historischen Sitzungssaal – der schönste Raum des Gebäudes, sagte er.



Alle Fotos von den Tagen der offenen Tür: [Parlament verbindet. – das.fotovonzinner.com](https://www.parlament.at/foto)



# „Parlament on Tour“ im Burgenland

Mit dem Ziel, das Parlament zu allen Bürgerinnen und Bürgern in die Bundesländer zu bringen, tourt 2023 eine interaktive Wanderausstellung über Parlamentarismus und Demokratie durch Österreich. Vom 18. Jänner bis zum 2. Februar 2023 machte „Parlament on Tour“ im Burgenland halt.

Zu den Tagen der offenen Tür kamen Bürgerinnen und Bürger aus ganz Österreich nach Wien, um das sanierte Parlamentsgebäude zu besichtigen. Wenig später kam das Parlament in die Bundesländer – mit Parlament on Tour, einer mobilen Ausstellung zu Parlamentarismus und Demokratie. Die Ausstellung kam auch ins Burgenland, wo Interessierte sie vor dem Landhaus-Alt in Eisenstadt besuchen konnten.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Günter Kovacs eröffneten die Ausstellung in Eisenstadt gemeinsam mit der Präsidentin des Burgenländischen Landtages Verena Dunst.

„Parlament on Tour bringt das Herz unserer Demokratie zu den Menschen in allen Bundesländern. So bietet die Wanderausstellung allen Österreicherinnen und

Österreichern die Möglichkeit, sich näher mit ihrem Parlament auseinanderzusetzen. Denn Demokratie kommt nicht von selbst. Jede Gesellschaft und jede Generation muss sie sich erarbeiten“, betonte Sobotka im Rahmen der Eröffnung.





## Kovacs erfreut über Halt im Burgenland

Bundesratspräsident Günter Kovacs zeigte sich erfreut, dass Parlament on Tour im Burgenland gastierte: „Parlament on Tour ist eine wichtige Initiative im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes, womit sich das Parlament, seine Repräsentantinnen und Repräsentanten, verstärkt vor Ort in allen Bundesländern präsentieren können. Besonders auch Schülerinnen und Schüler können sich bei Parlament on Tour mit Parlamentarismus und Demokratie in Österreich auseinandersetzen. Als Präsident des Bundesrates freut es mich auch

sehr, dass Parlament on Tour im Burgenland, das im ersten Halbjahr 2023 Vorsitzbundesland ist, startet. Ich wünsche allen Besucherinnen und Besuchern eine schöne und interessante Zeit bei Parlament on Tour, die sich in Eisenstadt sehr gut passend unmittelbar vor dem Landhaus präsentiert“, sagte er.

## Details zur Wanderausstellung

Die Wanderausstellung informiert über die Funktionsweise des Parlaments und seine Rolle im politischen System. Sie erklärt etwa den Aufbau des Parlaments, die Entwicklung der Parteien und den Weg der Gesetzgebung. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Thema Partizipation. Bürgerinnen und Bürgern können ihre Möglichkeiten der Mitbestimmung interaktiv an einem Steuerrad erkunden. In einer nachgebildeten Wahlkabine gibt es Informationen zu Wahlen. Außerdem können sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild vom Arbeitsalltag der Abgeordneten machen.



---

(v. li.) Projektleiterin von Parlament on Tour Daniela Haberfellner, Leiter der Abteilung 5.1 - Demokratiebildung in der Parlamentsdirektion Leo Lugmayr, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsident Günter Kovacs

# Parlament als Ort des Gedenkens

Am Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen erinnerte das Parlament mit dem Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus an die Opfer des Nationalsozialismus. Bundesratspräsident Günter Kovacs zeigte sich in seinen Eröffnungsworten überzeugt, dass Gedenken immer mit einer Botschaft für die Gegenwart verbunden sein müsse.

„Wir gedenken und erinnern,  
damit sich die Geschichte  
nicht wiederholen kann.“

Bundesratspräsident Günter Kovacs

Im Fokus der Gedenkveranstaltung standen die KZ-Gedenkstätte Gusen sowie die Zukunft des Gedenkens. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Günter Kovacs nutzten ihre Eröffnungsworte, um auf die Bedeutung des Erinnerns an die Vergangenheit für das Handeln in der Gegenwart hinzuweisen.

**Sobotka: Aus Gedenken Eckpfeiler  
für gegenwärtiges Handeln bauen**

„Soll unser Gedenken nicht zum leeren  
Ritual verkommen, muss sich Gedenken  
– begründet in einem klaren Bewusstsein  
des Geschehenen – mit dem aktuellen



Geschehen, mit dem Gegenwärtigen konfrontieren“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seinen Eröffnungsworten. Sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen falle immer leichter, stellte er fest. Doch der heutige, unbequeme Anspruch sei es, aus dem Gedenken an vergangenes Unrecht klare Eckpfeiler für das gegenwärtige Handeln zu bauen.

## **Parlament als richtiger, aber nicht einziger Ort des Gedenkens**

Wie Sobotka zeigte sich auch Bundesratspräsident Günter Kovacs überzeugt, dass Gedenken immer mit einer Botschaft für die Gegenwart verbunden sein müsse. Es gehe um eine klare Ablehnung von Gewalt und Rassismus. In diesem



Zusammenhang müsse man auch den Blick auf den Krieg in der Ukraine, auf die Gewalt und die Opfer dieses Kriegs richten und alles dafür tun, damit es in Europa wieder Frieden und Sicherheit gebe.

Kovacs erinnerte mit Blick auf den Schwerpunkt des heurigen Gedenktages an die 71.000 Menschen, die aus allen Teilen Europas verschleppt und im KZ Gusen inhaftiert wurden. Mehr als die Hälfte von ihnen habe die Haft nicht überlebt, so der Bundesratspräsident. Dass der in Gusen bestehende Gedenkort erweitert werden soll, bezeichnete Kovacs als wichtigen Schritt für die Zukunft des Gedenkens. „Wir gedenken und erinnern, damit sich die Geschichte nicht wiederholen kann“, betonte er. Damit verbunden sei eine Verantwortung, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu

ziehen und richtig zu handeln. Es gelte, konsequent gegen Antisemitismus und Rassismus jeglicher Art zu kämpfen, sich gegen Gewalt und Hass in Gesellschaft und Politik einzusetzen und die Demokratie zu verteidigen. Das Parlament sei dafür der richtige, aber bestimmt nicht der einzige Ort, so Kovacs.

### **KZ Gusen im Fokus des Gedenkens**

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung wurde ein Film über die Geschichte des KZ Gusen und den laufenden Prozess zur Errichtung einer Gedenkstätte gezeigt, der als Impuls für die nachfolgende Podiumsdiskussion diente. Abschließend lasen junge Gedenkvermittlerinnen und Gedenkvermittler aus den Biografien von Opfern des Nationalsozialismus.



# Enquete: Nachdenken über Pflege von morgen

In einer parlamentarischen Enquete, zu der Bundesratspräsident Günter Kovacs einlud, diskutierten Rednerinnen und Redner sowie Expertinnen und Experten über die Zukunft der Pflege und Maßnahmen zur Lösung des Personalmangels.

Angesichts der großen Herausforderungen und der zahlreichen Betroffenen müssten neue, innovative Wege im Bereich der Pflege beschritten werden, um sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum keinen Menschen zurückzulassen, hielt Bundesratspräsident Günter Kovacs einleitend fest.

Während zu Beginn der Veranstaltung mit Gesundheitsminister Johannes Rauch, dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und der niederösterreichischen Landesrätin Susanne Rosenkranz vor allem die politischen Analysen und mögliche Reformkonzepte im Mittelpunkt standen, wurden im zweiten Teil die zukünftigen Herausforderungen für den Sektor Pflege aus Sicht von Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen wie dem Roten Kreuz und dem Samariterbund sowie von Angehörigen

von Gesundheits- und Sozialberufen beleuchtet. Zum Abschluss standen Statements der Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates sowie eine Diskussion auf dem Programm.

## **Rauch: „Zusammendenken“ von Gesundheit und Pflege**

Gesundheitsminister Johannes Rauch plädierte dafür, nicht nur auf die „unglaublich großen“ Herausforderungen im Bereich Pflege zu schauen, sondern auch die damit verbundenen Chancen zu erkennen. Es sei von grundlegender Wichtigkeit, die auf den verschiedenen Ebenen bestehenden Grenzen zwischen Gesundheit und Pflege aufzulösen und die Systeme als Ganzes zu denken. Deshalb engagiere er sich dafür, dass die verschiedenen Bereiche bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich „zusammengedacht“ werden.

Rauch wies darauf hin, dass der Pflege-sektor allein aufgrund der demografi-schen Entwicklung mit Kostensteigerun-gen in der Höhe von 7-10 Prozent pro Jahr konfrontiert sein werde. Diese Aus-gaben sollten aus seiner Sicht aber weni-ger als Kosten, sondern als Investments in die Zukunft betrachtet werden, ap-pellierte der Minister. Die Schlüsselfrage liege aber sicherlich darin, wie man aus-reichend Personal für den Pflegesektor rekrutieren könne. Mittlerweile sei in der EU ein „fulminanter Wettlauf“ im Gange, um Pflegepersonal außerhalb von Euro-pa anzuwerben. Es müssten daher die

Rahmenbedingungen deutlich verbessert und vor allem eine Willkommenskultur etabliert werden, die den Menschen das Gefühl gebe, sich in Österreich zu Hause zu fühlen, so Rauch.

### **Doskozil: Organisation der Pflege muss gemeinnützig sein**

Burgenlands Landeshauptmann Hans Pe-ter Doskozil betonte, dass Pflege gemein-nützig sein müsse, was im Burgenland auch in der Struktur der Pflegeheime zum Ausdruck komme. Es sei „nicht sinnvoll“, wenn in kleineren Gemeinden mehrere



Pflegeanbieter tätig seien. Ziel sei es, dass pro 4.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine organisatorische und infrastrukturelle Einheit errichtet werde, die alle Aufgabenbereiche von der mobilen Pflege bis zum betreuten Wohnen abdecke. Damit solle überdies ein sozialer Treffpunkt geschaffen werden, wo vor Ort gemeinsam etwa auch „Essen auf Rädern“ konsumiert werden könne.

Was die Personalfrage betrifft, werde es ein aktives Bemühen und eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften brauchen, zeigte sich der Landeshauptmann überzeugt.

### **Rosenkranz: Image des Pflegeberufs verbessern**

Die niederösterreichische Landesrätin Susanne Rosenkranz stimmte mit ihren Vorrednern darin überein, dass die demografische Entwicklung zu massiven Problemen im Pflege- und Gesundheitswesen führen werde. Die Qualität eines gesellschaftlichen und politischen Systems zeige sich ihrer Meinung daran, wie man mit alten und kranken Menschen sowie mit Kindern umgehe. Vorrangiges Ziel müsse es sein, selbstbestimmt und in Würde zu leben, und das auch im Alter. Da dieses Prinzip nicht leicht zu verwirklichen sei,

dürfe es keine Denkverbote geben, betonte Rosenkranz. Grundsätzlich gelte für sie das Motto „privat vor stationär“, also so viel und so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können. Sollte das nicht mehr möglich sein, dann müsse es adäquate stationäre Angebote geben.

Um dem Personalmangel zu begegnen, müsse nach Einschätzung von Rosenkranz das Image des Pflegeberufs deutlich verbessert werden. Natürlich brauche es auch eine Anpassung der Gehälter und attraktivere Arbeitsbedingungen, unterstrich die Landesrätin. Viel erwarte sie sich von der Einführung der Pflegelehre, weil damit jungen Menschen der Berufseinstieg ermöglicht werde.

### **Bundesratsfraktionen für Aufwertung des Pflegeberufs**

Im letzten Teil der Enquete zogen die Vorsitzenden der Bundesratsfraktionen ein Resümee der Beiträge der Rednerinnen und Redner. Die Schlüsselfrage werde in der ausreichenden Rekrutierung von Personal liegen, waren sich alle einig, wobei die gezielte Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland aufgrund der demografischen Entwicklung wohl nicht abdingbar sei. Parallel dazu müssten aber die Rahmenbedingungen deutlich verbessert und



das Berufsbild attraktiver gemacht werden. Vor der anschließenden allgemeinen Diskussion hielt der Inhaber der John-Harris-Fitnesszentren Ernst Minar einen Vortrag mit dem Titel „Gesunde Jahre bis ins hohe Alter“, in dem er die zahlreichen positiven Effekte von regelmäßiger Bewegung vor allem auf die Gesundheit von älteren Personen hervorhob.



Die Enquete wurde live in der Mediathek des Parlaments übertragen und ist dort als Video-on-Demand abrufbar.

---

Gesundheitsminister Johannes Rauch (Mitte) und Bundesrätin Claudia Hauschildt-Buschberger (rechts) mit Teilnehmerinnen der Enquete



# Veranstaltung anlässlich des Internationalen Roma-Tages

Anlässlich des Internationalen Roma-Tages und des 30-jährigen Jubiläums der Anerkennung als autochthone Volksgruppe in Österreich fand im Parlament eine Festveranstaltung statt. Bundesratspräsident Günter Kovacs nannte die Anerkennung der Volksgruppe einen „Meilenstein österreichischer Minderheitenpolitik“.

Der als Festredner geladene Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma Romani Rose warnte vor einem Anwachsen des Antiziganismus in Europa, der eine Gefahr für die Gesellschaft, den Rechtsstaat und die Demokratie darstelle.

Als Reaktion darauf braucht es für Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka etwa den Abbau von Vorurteilen durch konsequente Bildungsarbeit. Sobotka sprach sich außerdem – wie alle anderen Rednerinnen und Redner – für die Errichtung eines eigenen Mahnmals zum Gedenken an die in der NS-Zeit ermordeten Roma und Sinti aus.

Die für Volksgruppen zuständige Ministerin Susanne Raab begrüßte den nationalen Gedenktag am 2. August in einer Videobotschaft als „weiteren Meilenstein in der Roma-Gedenkkultur“. Die bereits erreich-

ten Fortschritte seien ermutigend, für Raab sind jedoch noch weitere Schritte zur Inklusion, zur Gleichberechtigung und zum Gedenken an die Volksgruppe zu gehen.

In einem Podiumsgespräch diskutierten die Botschafter Tschechiens, Ungarns und der Slowakei mit dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath und der Politologin Mirjam Karoly über Chancen, Möglichkeiten und Entwicklungen im Sinne einer gedeihlichen und zukunftsorientierten Volksgruppenpolitik für Roma und Sinti in Europa.

## **Kovacs: Verantwortung des Parlaments**

„Bis zur Gleichstellung der Roma und Sinti mit anderen Volksgruppen war es ein langer und mühevoller Weg. Umso wichtiger war dieser Schritt“, betonte Bundesrats-



präsident Günter Kovacs. Die Anerkennung vor 30 Jahren sei ein „Meilenstein österreichischer Minderheitenpolitik“ gewesen. In diesem Zusammenhang sei besonders der verstorbene Roma-Vertreter Rudolf Sarközi zu würdigen, ergänzte er.

Der Bundesratspräsident zeigte sich über den 2023 eingeführten nationalen Gedenktag für in der NS-Zeit ermordete

Roma und Sinti am 2. August erfreut und sprach sich für die Errichtung eines zentralen Ortes des Gedenkens aus. Wenn das geistig-politische Klima einer Gesellschaft mit Spaltung, Ausgrenzung und Hass vergiftet werde, habe das Parlament als zentraler Ort der Demokratie die Verantwortung, für ein von gegenseitigem Respekt getragenes, tolerantes und menschliches Miteinander einzutreten, so Kovacs.

---

(links, v. li.) Die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion: Botschafter der Tschechischen Republik Jiří Šitler, Botschafter von Ungarn Andor Nagy, Moderatorin Mirjam Karoly, Botschafter der Slowakischen Republik Peter Mišík, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma Emmerich Gärtner-Horvath und Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes Thomas Weninger

# Fachtagung zu Klima- und Mobilitätszielen

Bei der Fachtagung „Städte und Gemeinden: Gemeinsam die Klima- und Mobilitätsziele erreichen“, zu der Bundesratspräsident Günter Kovacs einlud, wurde in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund und dem Urban Forum die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in heimischen Städten und Gemeinden erörtert.

Ohne die Einbindung der Städte und Gemeinden seien die Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimaschutz und die Mobilitätswende, nicht zu bewältigen, zeigte sich Bundesratspräsident Günter Kovacs überzeugt. EU, Bund und Länder seien gefordert, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Auf Ebene der Länder, Städte und Gemeinden gebe es bereits zahlreiche Initiativen, Ideen und Projekte. Trotz Unterschieden zwischen dem ländlichen und dem urbanen Bereich sei es entscheidend, die Anstrengungen gemeinsam voranzutreiben und alle Potenziale zu nutzen, um die Klima- und Mobilitätsziele zu erreichen, betonte er. Die Fachtagung solle dazu einen Beitrag leisten.

Den demokratiepolitischen Aspekt von Verkehr hob der Generalsekretär des



Österreichischen Städtebundes Thomas Weninger hervor. Bei der Teilhabe an der Mobilität und Fragen des Klimawandels gehe es um gesellschaftliches Miteinander, betonte er. In diesem Zusammenhang sprach er sich für den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs mit langfristigen Vorplanungsmaßnahmen und einen Fonds für Infrastruktur aus.



### **Energieraumplanung als Lösungsansatz**

Die Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl präsentierte exemplarisch Studien und Pilotprojekte zur Energieraumplanung und nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Die auf Umweltrecht spezialisierte Wissenschaftlerin zeigte drei Handlungsfelder auf: die Dekarbonisierung der Energieversorgung, klimafreundliche Mobilität und klimafreundliches Wohnen.

Für eine Mobilitätswende sollte der öffentliche Raum mit mehr Flächen für Fuß- und Radwege neu aufgeteilt werden, um eine aktive Mobilität zu fördern, meinte Schulev-Steindl. Den motorisierten Individualverkehr gelte es in Städten durch sogenannte Umweltzonen zu reduzieren und durch neue Formen von Mobilitätsangeboten wie Carsharing zu ergänzen

sowie die Nutzung von E-Fahrzeugen voranzutreiben. In peripheren Gebieten sei eine integrierte Verkehrs- und Siedlungspolitik mit guter öffentlicher Anbindung und PKW-Alternativen vonnöten, so ihre Einschätzung. Auch die Reduktion von Tempolimits sieht sie als eine Möglichkeit zur Erreichung der Klimaziele.

### **Grundtenor: Klimaschutz kann nur gemeinsam gelingen**

In einer anschließenden Podiumsdiskussion sprachen Nationalratsabgeordneter Maximilian Köllner (SPÖ), Wiener Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Stephan Auer-Stüger (SPÖ), Vizebürgermeisterin der Stadt Graz Judith Schwentner (Grüne) und Fachreferentin für Stadtplanung und Mobilität beim Österreichischen Städtebund Stephanie Schwer über die Umsetzung von Klima- und Mobilitätszielen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich überzeugt, dass Baumpflanzungen und Begrünungsoffensiven das Klima wesentlich mitbeeinflussen können. Um einen Beitrag zu leisten, könne die Bodenversiegelung reduziert werden, so Maximilian Köllner. Zudem sprach er sich für einen sorgsameren Umgang mit Grund-

wasser aus und warb für den Abgang von wasserintensiven Kulturen in der Landwirtschaft.

Die Verkehrswende beginne mit aktiver Mobilität, ergänzte Judith Schwentner. Um Zufußgehen und Radfahren attraktiv zu gestalten, seien gut ausgebaute Radwege und ausreichend Schattenraum erforderlich.

Es müsse gelingen, die Menschen bei der Transformation mitzunehmen, betonte Stephan Auer-Stüger. Transformation führe bei Erfolg zu einem besseren Leben für alle, zeigte er sich überzeugt.

Schwer nahm neben den Städten auch den Bund in die Verantwortung. Durch Subventionen habe dieser großen Einfluss. Städte benötigen finanzielle Mittel für den laufenden Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln ebenso wie für deren Ausbau, forderte sie.



Die Veranstaltung ist als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar.



---

(links) Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl

(rechts, v. o.) Nationalratsabgeordneter Maximilian Köllner, Vizebürgermeisterin der Stadt Graz Judith Schwentner und Wiener Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Stephan Auer-Stüger

# Regional und international: Der vernetzte Bundesrat

Während seiner Präsidentschaft pflegte Bundesratspräsident Günter Kovacs einen intensiven Austausch innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Die Kontaktpflege eines aktiven Bundesrates trägt maßgeblich zur regionalen und internationalen Vernetzung bei.





5

- 1) Bundesratspräsident Günter Kovacs und Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola
- 2) Bundesratspräsident Günter Kovacs und Präsidentin des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Markéta Pekarová Adamová
- 3) Präsidentin des Südtiroler Landtages Rita Mattei und Bundesratspräsident Günter Kovacs
- 4) Bundesratspräsident Günter Kovacs und der Botschafter der VAE Hamad Alkaabi
- 5) Vize-Außenminister der Republik Peru Ignacio Higuera und Bundesratspräsident Günter Kovacs
- 6) Bundesratspräsident Günter Kovacs und Präsidentin der Nationalversammlung von Aserbaidschan Sahiba Ali Gizi Gafarova



6







11

- 7) Der ukrainische Botschafter Wassyl Chymynez und Bundesratspräsident Günter Kovacs
- 8) Bundesratspräsident Günter Kovacs und die saarländische Landtagspräsidentin Heide Becker
- 9) Senatspräsident des tschechischen Parlaments Miloš Vystrčil und Bundesratspräsident Günter Kovacs
- 10) Bundesratspräsident Günter Kovacs und der japanische Botschafter Ryuta Mizuuchi
- 11) Bundesratspräsident Günter Kovacs und der peruanische Botschafter Alberto Campana
- 12) Botschafter von Luxemburg Jean Graff und Bundesratspräsident Günter Kovacs



12

# Bundesratspräsidium in Madrid

In der Zeit von 16. bis 19. April 2023 besuchte die Präsidiale des Bundesrates Madrid. Es fanden intensive Arbeitsgespräche statt, bei denen laut Bundesratspräsident Günter Kovacs der „weitere Ausbau der guten Zusammenarbeit in vielen Bereichen“ besprochen wurde.

Auf dem Programm standen unter anderem Treffen mit der Präsidentin des Spanischen Abgeordnetenhauses Meritxell Batet Lamaña, mit Spaniens Ministerin für den ökologischen Wandel Teresa Ribera Rodríguez, mit dem Präsidenten des

Spanischen Senats Ander Gil García sowie mit Österreichs Botschafter in Spanien Enno Drofenik. Zudem fand ein reger Austausch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der Autonomen Gemeinschaft Madrid statt.



Die gute Zusammenarbeit mit Spanien betreffe zum einen die Bereiche Wirtschaft und Investitionen, führte Kovacs aus. Das vorläufige Handelsvolumen zwischen Spanien und Österreich habe 2022 rund 5,8 Milliarden Euro betragen. „Ein ganz wesentliches Thema waren vor dem Hintergrund der Energiekrise Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien mit den Schwerpunkten Photovoltaik und Windkraft. Gerade in den Branchen Energietechnik und Infrastruktur bieten sich für österreichische Unternehmen gute Chancen – diese Potenziale gilt es zu nutzen“, so Kovacs weiter. Er verwies auch auf die Vorreiterrolle Österreichs bei der Nutzung erneuerbarer Energien, aktuell beispielhaft mit der Errichtung der größten Photovoltaik-Anlage Österreichs im burgenländischen Nickelsdorf. Bei den Arbeitsgesprächen in Madrid standen auch Entwicklungen und Projekte im Bereich Photovoltaik in Spanien im Mittelpunkt. Kovacs zeigte

sich überzeugt: „Durch den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit ergibt sich eine Win-win-Situation für beide Länder.“

Bei den Gesprächen mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Autonomen Gemeinschaft Madrid gab es unter anderem einen Austausch über Sozial- und Gesundheitsthemen, wobei Kovacs auch das Thema Pflege, inhaltlicher Schwerpunkt seiner Bundesratspräsidentschaft, ansprach. Hier verwies er auf Maßnahmen und Anstrengungen der Bundesländer, wobei er beispielhaft auf das burgenländische Pflegemodell einging. Insgesamt seien der Besuch in Madrid und die Arbeitsgespräche mit den dortigen Repräsentantinnen und Repräsentanten sehr positiv verlaufen. „Dieser intensive bilaterale Austausch, dieses Miteinander ist für die Bewältigung der enormen Herausforderungen unserer Zeit von größter Bedeutung“, so Kovacs abschließend.

# Konferenz der EU- Parlamentspräsident:innen

Am 24. und 25. April 2023 nahmen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Günter Kovacs an der Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der EU in Prag teil. Themen der Konferenz waren der Krieg in der Ukraine und die strategische Autonomie der EU.

Es brauche Mut, Zusammenarbeit und Bildung, um gemeinsam den Gefahren für die Demokratie entgegenzuwirken, sagte Nationalratspräsident Sobotka in seiner Rede. Die Stärke und das Selbstbewusstsein der Demokratien seien die Entwicklung tragfähiger Kompromisse und zukunftsweisender Lösungen zu wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen, betonte er. Sobotka hob den Krieg in der Ukraine, den Anstieg des Antisemitismus und den digitalen Wandel als zentrale Herausforderungen hervor.

## **Kovacs: Demokratien sind Garanten für Frieden, Wohlstand und Sicherheit**

Die Demokratien in Europa seien Garanten für Frieden, Wohlstand und Sicherheit, betonte Bundesratspräsident Günter Kovacs in einem Redebeitrag. Nicht zu-

letzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe gezeigt, dass die Grundpfeiler demokratischer Systeme und Gesellschaften heute mehr denn je mit großen Herausforderungen wie hybriden Bedrohungen und Desinformation konfrontiert seien. Dazu bedürfe es einer starken EU, die sich „auf die großen Herausforderungen konzentriert, die aber den Mitgliedstaaten in anderen Fragen die Freiheit lässt, diese auf nationaler oder auch regionaler Ebene zu lösen“, forderte er.

Zur Erreichung der strategischen Autonomie der EU sei auch die Frage der Energieversorgung zentral, fuhr Kovacs fort. Die Energiewende müsse weiter vorangetrieben und fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden, verwies Kovacs auf beispielgebende Initiativen aus seinem Heimatbundesland, dem Burgenland.



Am Rande der Konferenz trafen Sobotka und Kovacs mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten zusammen. Sobotka tauschte sich mit dem neuen tschechischen Präsidenten Petr Pavel und den Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Ukraine, Rumäniens, der Niederlande, Italiens und Spaniens über aktuelle Herausforderungen aus. Bundesratspräsident Kovacs traf zudem mit dem slowenischen Nationalratspräsidenten Marko Lotrič zusammen.

### **Kovacs im Gespräch mit Lotrič: Austausch über Herausforderungen im Gesundheitssystem**

Die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und seinem Nachbar Slowenien seien sehr

eng, betonte Bundesratspräsident Günter Kovacs im Gespräch mit Lotrič. So sei Österreich der größte ausländische Investor in Slowenien und schaffe Arbeitsplätze für insgesamt etwa 46.000 slowenische Bürgerinnen und Bürger. Kovacs thematisierte die Vertretung regionaler Interessen durch den Bundesrat und erkundigte sich bei Lotrič nach der politischen Verankerung der Regionen in Slowenien. Zudem tauschten sich die beiden Präsidenten über aktuelle Herausforderungen im Gesundheitssystem aus. Kovacs präsentierte dabei Lösungsansätze aus dem Burgenland, die das Ziel haben, nahe am Wohnort medizinisch versorgt zu werden. Auch die Energieabhängigkeit und die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine waren Thema des Gesprächs.

# Nähe zu Menschen als Qualitätsmerkmal für Demokratie

In seiner Abschiedsrede zog Bundesratspräsident Günter Kovacs Bilanz über ein ereignisreiches Halbjahr und dankte den Bundesratsmitgliedern für ein respektvolles Miteinander und ein hohes Maß an Grundkonsens.

Für das Parlament seien die vergangenen Monate besonders bedeutend gewesen, sagte Kovacs in seiner Rede. Er blickte auf die zahlreichen Aktivitäten zurück, die es seit der Wiedereröffnung des neu sanierten Parlamentsgebäudes gab und zu denen eine große Zahl an Besucherinnen und Besuchern begrüßt werden konnte. Das enorme Interesse am generalsanierten Parlament sei sehr beeindruckend, so Kovacs, denn es zeige, dass die weitere Öffnung des Hauses angenommen werde. Dies sei ein Zeichen für eine lebendige Demokratie und für die Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit.

Besonders erfreut zeigte er sich darüber, dass die Angebote zur Demokratiebildung gerade von jungen Menschen gerne genutzt werden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in den letzten Jahren rund 136.000 Kinder und

Jugendliche an der Demokratiewerkstatt teilnahmen. Auch bei weiteren Veranstaltungen wie dem Jugendparlament oder dem Festakt zum Europatag konnten in den vergangenen Monaten viele junge Menschen im Parlament begrüßt werden, ergänzte er. Diese Entwicklung nannte er „besonders positiv“, denn Demokratiebildung sei das Fundament für die Zukunft in unserem Land.

## **Pflege und Gesundheit: viele Verbesserungen notwendig**

Als einen der Höhepunkte seiner Präsidentschaft hob Kovacs die parlamentarische Enquete hervor, die das Motto des burgenländischen Vorsitzes – „Pflege und Gesundheit – wohnortnah, qualitativ und leistbar sicherstellen“ – ausführlich beleuchtet habe. Es herrsche große Einigkeit, dass im Bereich der Pflege viele

Verbesserungen notwendig seien, betonte Kovacs einmal mehr.

Er erinnerte daran, dass es die Länder seien, die gerade große Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen. Im Burgenland konnte ein Anstellungsmodell für pflegende Angehörige bereits umgesetzt werden und auch in anderen Ländern werde an innovativen Lösungen gearbeitet, hob der Bundesratspräsident hervor.

**„Wir brauchen Lösungen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Länder und Regionen abgestimmt und maßgeschneidert sind.“**

Bundesratspräsident Günter Kovacs

Dabei sei klar, dass es Lösungen brauche, die auf die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Länder und Regionen abgestimmt und maßgeschneidert seien – dies sei ein Wesenszug des Föderalismus, betonte er.

Die Nähe zu den Menschen sei ein Qualitätsmerkmal, welches die Demokratie stärke, sagte Kovacs und rief dazu auf, weiterhin gemeinsam daran zu arbeiten, dass der Bundesrat auch in der Zukunft eine Säule der Demokratie in Österreich bleibe und weiter gestärkt werde.

Seiner Nachfolgerin Claudia Arpa aus Kärnten wünschte Kovacs alles Gute und viel Erfolg für ihre Präsidentschaft.



# Zahlen und Fakten

## 2. Halbjahr 2022

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates	
Sitzungen	7
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen	
<b>Gesetzesbeschlüsse</b>	<b>117</b>
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	8
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
<b>Staatsverträge</b>	<b>11</b>
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	1
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	6
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	6
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	1



davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
<b>Eingebracht</b>	
Schriftliche Anfragen	48
davon Dringliche Anfragen	5
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	1
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	44
davon angenommen	2
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
<b>Sonstiges</b>	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	4
Durchführung einer Enquete	1

## Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates

EU-Ausschuss	5
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	1
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	-
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprachen	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	-
Ausschuss für Familie und Jugend	3
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	4
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	3
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	4
Kinderrechteausschuss	-
Landesverteidigungsausschuss	2
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
Umweltausschuss	-
Unterrichtsausschuss	4
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	4
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

# Zahlen und Fakten

## 1. Halbjahr 2023

<b>Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates</b>	
Sitzungen	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	1
<b>In Verhandlung genommen</b>	
<b>Gesetzesbeschlüsse</b>	<b>57</b>
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	4
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
<b>Staatsverträge</b>	<b>7</b>
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	3
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	4
Berichte der Volksanwaltschaft	3
Selbständige Anträge	3

davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	2
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
<b>Eingebracht</b>	
Schriftliche Anfragen	41
davon Dringliche Anfragen	4
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	30
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	1
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
<b>Sonstiges</b>	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquete	1

## Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates

EU-Ausschuss	6
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	3
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprachen	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	3
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	6
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	3
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	2
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	1
Umweltausschuss	3
Unterrichtsausschuss	2
Unvereinbarkeitsausschuss	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2
Ausschuss für Verkehr	1
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	-
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

# Bildnachweis

- © **Parlamentsdirektion/Bubu Dujmic**: S. 29, 61, 87 (oben), 102 (4)
- © **Parlamentsdirektion/Arman Rastegar**: S. 16, 19, 23, 27, 84, 102 (3), 105 (12)
- © **Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger**: S. 30, 31 (unten), 87 (unten), 104 (7, 8), 105 (11)
- © **Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS**: S. 8, 10 (links), 11
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Topf**: Cover (rechts), S. 12, 13, 14–15, 37, 42, 43, 48, 51, 57 (4, 5, 6, 8), 59, 64–65, 78–79, 81, 88–89, 90–91, 92, 94, 96, 98, 99, 100, 101 (alle), 102 (2), 103 (6), 104 (9), 111, 120–121
- © **Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser**: S. 31 (oben), 53, 54–55, 67, 69, 72, 75, 104 (10)
- © **Parlamentsdirektion/Johannes Zinner**: Cover (links), S. 2–3, 6, 32, 34–35, 39, 40, 45, 46, 56 (3), 57 (7), 77, 102 (1), 103 (5)
  
- © **Congreso de los Diputados/Povedano**: S. 106
- © **Peter Lechner/HBF**: S. 56 (2)
- © **Kancelář Senatu PCR/Chamber of Deputies or Senate**: S. 109
- © **LT-Stmk/Tom Lamm**: S. 56 (1)
- © **Steirische Volkspartei**: S. 10 (rechts)

## **Impressum**

**Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:** Parlamentsdirektion

**Adresse:** Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

**Redaktion:** 4.2 – Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur | Tamara Oberleiter, Gregor Panis, Susanne Roth

**Grafische Gestaltung** (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): 4.2 - Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur | Pia Wiesböck

**Korrektorat:** Johanna Axmann, Julia Schöllauf

**Druck:** Parlamentsdirektion | Wien, im September 2023

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter [photo@parlament.gv.at](mailto:photo@parlament.gv.at) in Verbindung zu setzen.







